

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Schelbenkpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuchbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

<p>Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends          Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)          Bestellungen nur durch die Post          Schluß des Blattes: Donnerstags mittags</p>	<p>Herausgegeben vom  <b>Deutschen Bauwerksbund</b>          Hamburg 25, Wallstr. 1</p>	<p>Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif,          Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M.,          Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 M.</p>
--	---	---

## Will man die Dinge treiben lassen?

Der vom Geldmarkt ausgehende Druck auf die deutsche Industrie scheint sich auch auf den Bauparkt übertragen zu wollen. Allem Anschein nach wird der Induſtriebau für das Jahr 1929 nicht die Bedeutung bekommen, die man ihm früher zusprach, und auch den Wohnungsbau wird man nur sicherstellen können, wenn man andere, vom Geldmarkt unabhängige Quellen in stärkerem Ausmaß heranzieht. Wir denken dabei in erster Linie an eine größere Zuwendung aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau. Es hat gar keinen Zweck, die Entwicklung in den letzten Monaten in bezug auf den Bauparkt zu optimistisch auslegen zu wollen. Eine solche Politik könnte nur Maßnahmen verzögern, die auf Grund der Lage der Geldmärkte möglichst schnell getroffen werden müssen. Wir wissen nicht, wie sich die Geldmärkte nach Abschluß der Pariser Verhandlungen entwickeln werden. Aber selbst wenn die Pariser Konferenz positiv ausläuft, wird sich die Lage auf den Geldmärkten so schnell nicht verändern. Dem muß vorgebeugt werden. Geschieht das nicht, so riskiert man, daß der Sommer- und Herbstteil der gegenwärtigen Baupolitik verfaßt. Schon im Interesse der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung muß das verhindert werden.

Als vor gut einem Vierteljahr an dieser Stelle das vom Reichsarbeitsministerium durchgeführte Zwischenkreditgesetz eingehend besprochen wurde, wiesen wir auf den irregulären Charakter des deutschen Geldmarktes hin. Damals sagten wir, die Geldmärkte seien flüssiger als je, sie könnten durchaus den Anforderungen des Bauparktes entsprechen. Wir bemerkten aber zugleich, daß der Zustand dieser Märkte das Zwischenkreditgesetz keineswegs überflüssig mache; denn über Nacht könne sich das Aussehen der Märkte ganz gründlich verändern. Das ist nun eingetreten. Die Dinge liegen heute so, daß der Bauparkt kaum noch auf den freien Geldmarkt zurückgreifen kann. Gatten wir in diesem Winter flüssiges und verhältnismäßig billiges Geld, so ist es heute knapp und teuer geworden. Welche Ursachen hat diese Entwicklung, die uns wahrscheinlich in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt noch viel zu schaffen machen wird?

Es war als sicher anzunehmen, daß die Geldmärkte nach Ende der Winterdepressionen ihre Flüssigkeit verlieren würden. Kein Mensch aber konnte ahnen, daß eine so starke Verfestigung der Geldmärkte eintreten würde. Wir haben es hier mit außerordentlichen und anormalen Erscheinungen zu tun, deren Ausdruck die Verminderung der Devisen und Goldbestände bei der Reichsbank ist. Wenn die Reichsbank ihre Gold- und Devisenbestände so erheblich verringern mußte, daß sie kaum noch zur Deckung des Notenumlaufs hinreichend, und wenn die Nachfrage nach Devisen so groß wurde, daß sich der Wert der Mark gegenüber dem Dollar verringerte, so mußten die Zahlungsverpflichtungen der Reichsbank stark gewachsen sein. Es wurde Kapital von Deutschland abgezogen. Dieser Abzug wurde zeitweise so stark, daß die Bezeichnung Kapitalflucht und Flucht aus der Mark schon vollkommen berechtigt erschien. Man hat in diesem Zusammenhang, insbesondere im Hinblick auf das Schwächerwerden der Mark gegenüber dem Dollar von einer neuen Inflation geredet. Das ist Unfug. Die Mark ist und war immer so viel wert wie der Dollar. Der springende Punkt der ganzen Entwicklung ist, daß eben Kapital aus der deutschen Wirtschaft heraus und nach dem Ausland über-

tragen wurde. Eine solche Erscheinung muß ihre Gründe haben. Suchen wir nach solchen, so müssen wir feststellen, daß sich in den letzten Monaten in Deutschland allerlei ereignet hat, was das Vertrauen der kapitalistischen Wirtschaft erschüttert. Es handelt sich dabei um keine konkreten Ereignisse. Der Kapitalist ist ja auch nicht gewohnt, sich in solchen Fällen ein klares Bild zu machen; er handelt stimmungsgemäß. Die Stimmung ist aber so umgeschlagen, daß es für weite in- und ausländische Kapitalistenkreise ratsam schien, ihr Geld nicht mehr in Deutschland, sondern im Ausland arbeiten zu lassen. So kam es zur Markflucht, deren Folgen sich jetzt am Geldmarkt und in der Wirtschaft zeigen. Das Geld ist bei uns knapp und teuer geworden.

Zunächst hat die Reparationskonferenz in Paris die Finanzwelt beeinflusst. Man entschloß sich, den Ausgang der Konferenz erst abzuwarten, ehe man weiter über sein Kapital in Deutschland disponierte. Noch schlimmer wirkten die ewigen Klagen prominenter Industrieführer in Deutschland über den „Notstand“ der deutschen Industrie und wohl am schlimmsten die fortwährenden Angriffe Hugenberg und seiner Presse auf die deutsche Mark und den deutschen Kredit im Ausland. Die ausländischen Geldgeber mußten sich fragen: die Deutschen mögen mit ihren Prophezeiungen und Angriffen recht oder unrecht haben, besser ist es für uns, wir stellen unser Geld sicher. So kündigte man seine Guthaben und warf sie nach dem Ausland. Die Flucht aus der Mark setzte ein. Die bis dahin flüssigen Geldmärkte verfestigten sich, und weite Kreise von Kleinkapitalisten in Deutschland maachten das Spiel mit. Sie hoben ihr Geld, ihre Guthaben ab und verandelten sie in Devisen. Die Flucht aus der Mark erhielt allgemeine Charakter. Dazu kam, daß sich zu gleicher Zeit die Zinssätze im Ausland erhöhten. Das Ausland, insbesondere Amerika, steht im Beginn einer Hochkonjunktur. Die Wirtschaft dort braucht Geld, sie ist geneigt dafür hohe Zinsen zu zahlen. Die Vergütung für Lagesgeld stieg zum Beispiel in New York bis auf 24 %. Das ist doppelt so viel als in Deutschland gezahlt wird. Weshalb soll der ausländische Geldgeber sein Geld in Deutschland lassen, während er in Nordamerika das Doppelte verdienen kann? So erhielt der Kapitalabzug neuen Antrieb. Aber auch deutsche Kapitalisten fanden es zweckmäßiger, ihr Geld in Nordamerika und nicht in Deutschland arbeiten zu lassen. So gingen Milliardenbeträge aus Deutschland nach New York, um dort zu höherem Zins unterzukommen. Wir wissen, daß „verlöste“ Kreise der Wirtschaft dieses Spiel mitgemacht haben und heute noch mitmachen. Amerika zahlt höhere Zinsen, deshalb kriegt es das Geld deutscher Kapitalisten. Das ist auch eine Illustration zur Kapitalneubildungspolitik. Aber man darf sich darüber nicht wundern. Der Kapitalismus spricht wohl gern von Patriotismus, die Pflicht des Patriotismus hat er aber nie für sich als bindend anerkannt. Kurz und gut: die ganze Kapitalflucht und Flucht aus der Mark stellt sich so dar, daß weite Kreise der Wirtschaft wochenlang Reichsbankkredite in Anspruch genommen haben und diese in Devisen umwandeln, um damit im Ausland zu spekulieren. Durch die Restriktionspolitik der Reichsbank mag das Treiben etwas eingedämmt worden sein. Unferbunden ist es aber keineswegs. Die Reichsbank bezahlte den „Patriotismus“ deutscher Kapitalisten mit dem Ver-

lust großer Devisen- und Dollarkonten; die Wirtschaft mit einem verengten Geldmarkt, dessen Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeteiligung heute noch nicht abzuschätzen sind.

In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß die Reichsbank wieder einmal die Herrschaft über den Geldmarkt verloren hat. Als die Markflucht einsetzte, hätte die Reichsbank ihr durch Erhöhung ihres Diskonts vorbeugen müssen. Als sie aber zur Erhöhung des Zinssatzes griff, war es zu spät. Eine weitere Erhöhung des Diskonts lehnte die Reichsbank dann ab, weil sie der Wirtschaft das Geld nicht verteuern wollte. Die Banken haben aber ihre Zinssätze auf 2 anstatt 1 % über Reichsbankdiskont erhöht. Sie allein sind also die Nutznießer der falschen Politik der Reichsbank. Damit ist aber keineswegs gesagt, ob die Reichsbank nicht früher oder später den Diskont mehr den wirklichen Verhältnissen auf dem Geldmarkt anpaßt. Vorläufig behält sie die Restriktionspolitik bei, das heißt, sie nimmt nicht jeden Wechsel an, der ihr zum Kauf angeboten wird. Damit mag sie hie und da spekulative Absichten vereiteln. In der Natur des Sache liegt aber, daß sie auch dort nicht Kredite gewähren kann, wo sie die Wirtschaft wirklich braucht. Da auch die Banken gegenwärtig nicht jeden Wechsel bei der Reichsbank verkaufen können, müssen sie sich größere Geldreserven halten. Alles das wirkt in der Richtung einer weiteren Verengung der Geldmärkte. Daraus ergeben sich die Folgen, wie wir sie oben gekennzeichnet haben.

Soweit der Bauparkt in Frage kommt, dürften wohl zuerst die Industriebauten von der Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Hier ist der Bedarf nicht so dringend, daß man Baugeld zu jedem Satz hereinnehmen muß. Man kann ruhig warten, bis man billigeres Geld aufnehmen kann. Diese Tatsache müßte schon entscheidend sein, den Ausfall im Industriebau durch vermehrte Wohnungsbau auszugleichen. Hier liegen die Dinge so, daß der Markt durch größere Fürsorge hinsichtlich der Zwischenkredite eine größere Stütze hat als in den Vorjahren. Soweit Zusagen gemacht worden sind, wird man die Bauten durchführen können. Schlimmer liegt es bei den Bauvorhaben. Hier ist auf den freien Markt gar nicht zu rechnen. Pfandbriefe sind bekanntlich seit Wochen schwer abzusetzen und bedürfen ständiger Stützung. Die öffentlichen Anstalten sind dadurch belastet, daß man ihnen die Reichszuschüsse nicht in bar, sondern in Schatzanweisungen zur Verfügung gestellt hat. Diese sind natürlich gegenwärtig nur begrenzt lombardfähig. Bleiben eigentlich nur die Sparkassen und die Hauszinssteuermittel. Bei den Sparkassen wird die Lage dahin beurteilt, daß der Zuwachs an Einlagen nicht abnimmt. Dagegen mehren sich aber die Abhebungen. Ob man also die Sparkassen zu einer Stillstellung in größerem Umfang heranziehen kann, ist durchaus ungewiss. Daraus ergibt sich der Zwang, den Bauparkt durch vermehrte Inanspruchnahme der Hauszinssteuer zu stützen. Auf die volkswirtschaftliche Wichtigkeit dieses Vorschlages braucht nicht nochmals verwiesen zu werden. Die Bauindustrie ist und bleibt eben unsere wichtigste Schlüsselindustrie. Es muß hier gebandelt werden, ehe uns die Dinge auf diesem verhältnismäßig kleinen Gebiet der Kapitalversorgung über den Kopf wachsen, wie sie uns bereits auf den Geldmärkten über den Kopf gewachsen sind.

**ALLES FAHRT**  
**LINDCAR**

**KLEINSTE RATEN  
OHNE ANZAHLUNG**

UNTERNEHMEN DER GEWERKCHAFTEN

Niederlagen in allen Teilen des Reiches.  
Auskunft und Bestellung durch alle Orts-  
ausschüsse des ADGB, oder direkt durch  
Lindcar-Fahrradwerk A.-G. Berlin-Lichtenrade.

**75 Pfennige**  
Wochenrate  
Dein Heim schmücken  
**BILDER**  
allerfeinsten Qualität  
Hochkünstler gerahmte Reproduktionen  
erster Meisterwerke, auch  
**ÖLGEMALDE**  
Alle Arten, Größen und Preislagen.  
**OHNE ANZAHLUNG**  
Buntfarbiger Prochtokolor 10  
völlig spesenfrei!  
TAUSENDE ZUFRIEDENE KUNDEN  
Kunstverlag und Bilderverbund  
**WANDSCHMUCK HEINRICH CO**  
Berlin N65, Ofenerstr. 7

**Maurer-Kleidung!**  
Seit 75 Jahren beliebt.  
Ich be-  
rufe u. versichere  
mit erstkl. Muske-  
instr. u. Salt. Werden  
auch Sie mein Kunde!  
Karl, Fred. Telz, E. A.  
Wunderlich, geg. 1854,  
Slobenbrunn (Wgll.) 58.

**Maurer-Kleidung!**  
Stutzen 6,-, 5,-, 4,-  
Sofen 11,-, 9,50, 7,50  
Werbzeuge d. Stirnen  
Werbzeuge und Urtropf.  
Adolf Malinowitzer,  
Dresdau 8,  
Stoßertstraße 23.

**Berufs- u. Sportbekleidung,**  
Werkzeuge, Teakholz-  
Wasserwaagen, Teaköl,  
Schlapphüte, Isänder, Orig.  
Berliner Stückteurenzüge.  
Preisliste gratis.  
Mechanische Kleiderfabrik  
Vorsand, Fritz Ulrich  
Altona-Elb 7, Gustavstr. 53-63.

**Billige böhmische Bettfedern!**  
1. Fein, grau, gute, geschlossene 80 A,  
1,- A, halbweiße 1,20 A, 1,40 A; weiße,  
saumig, geschlossene 1,70 A, 2 A, 2,50 A,  
3 A; feinsto, geschlossene Halbfaum-Her-  
schaftsfedern 4,-, 5,-, 6,- A; 1. Feinst  
Rupffedern ungeschlossen, mit Faum  
gemeugt, halbweiß 1,75, weiße 2,40, 3,- A; allerfeinsten  
Faumrump 3,90 A, 4,50 A; Versand zollfrei, gegen Nach-  
nahme, von 10 Pfund an franko. Umtausch gestattet,  
für Nichtpassendes Geld retur. Muster und Preisl. gratis.  
S. Benesch, Bettfedernexport in Prag XII, Böhmen.

**Schmale Teakholz-Wasserwaagen**  
Der Konkurrenzkampf beginnt. W. Richter  
ist und bleibt der Billigste bei nur 1. Qualität.  
Längen 100 20 30 75 10 60 45-40 35-35cm  
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,50 2,50 2,30 A.  
bei 4 St. an portofr. Bei 11 St. 1 St. gratis. Sämtl. Werk-  
zeuge rot u. billigst. W. Richter, Düsseldorf-Unterath.  
Preisliste gratis.

**Fordern Sie überall  
Original M. Mosberg**  
Die beste Kleidung für Bauhandwer-  
ker. — Die unsrer besten Werkzeuge.  
Die altbewährten echten Isänder.  
Siets genau auf Firma und Schutzmarke  
sichern. Wo nicht vertreten, direkter Ver-  
sand ab Blefeld. — Preislisten gratis.  
Firma M. Mosberg, Blefeld,  
5 Jüllenbeckerstraße 5.

**Zum Aufbohren**  
einer besseren Stellung im Bau-  
gewerbe (als Polier, Maurer-  
meister, Bautechniker, Bau-  
meister, Architekt) benötigen  
Sies neben Ihren praktischen  
Kenntnissen die Selbstunter-  
richtstabelle des Systems Kar-  
nack-Hachfeld. Das Studium  
kann neben dem Beruf erfolgen.  
Unterstützung des Selbstunterrichts  
durch Teilnahme am Fernunterricht, der in  
gründlicher Begutachtung Ihrer schriftlichen  
Arbeiten besteht. Abschlußprüfung können Sie  
vor einer Kommission ablegen, worüber aus-  
fährliche Prüfungsbestimmungen erteilt wird.  
Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen, wo  
Obersekundareife, Abiturientenexamen durch die Selbst-  
unterrichtstabelle der Methode Rustin. Ebenso kauf-  
männische, fremdsprachliche und musikalische  
Ausbildung. Bequeme Monatszahlungen. Berufsberatung  
und Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht.  
Rustinisches Lehrinstitut, Potsdam B. 40.

**Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!**  
Stärke  
25 x 60 u.  
25 x 55 cm.  
Sämtl. Werkz. lt. Katalog sofort lieferbar.  
Vers. geg. Nachn. Von 10 A an portofr.  
Jede alte Wasserwaage wird grat. gelief.  
Westermeyer & Co., Blefeld, Ziegenstr.

100	90	80	75	70	60	50	cm
4,60	4,35	4,-	3,85	3,75	3,50	3,35	A
3,40	3,30	3,-	2,90	2,80	2,60	2,40	A

**Am Tage u. bei Nacht,**  
bei Sonnenschein  
u. trübem Wetter,  
im Freien und im  
Zimmer, überall  
und alles können  
Sie mit unseren  
erleuchteten  
**Photo-Appar.**  
photographieren.  
Rest 12 Monaten. Katalog u. franko.  
Dresden/Leipzig: Kamera-Vertrieb, Dresden-A  
24/Gr., Spezialgeschäft. f. Photographie.

**Billige böhm. Bettfedern**  
nur reinste, guttillende Sorten  
Ein Kilo graue geschlos-  
sene 3 A, halbweiße 4 A,  
weiße 5 A, bessere 8 A,  
7 A, dunnweiß 9 A,  
10 A, beste Sorte 12 A,  
14 A, weiße ungeschlossen 7,50 A, 9,50 A,  
beste Sorte 11 A. Versand portofrei, zoll-  
frei gegen Nachnahme. Muster frei,  
Umtausch und Rücknahme gestattet.  
Benedikt Sackel, Lehos Nr. 9 bei Pilsen,  
Böhmen.

**Louis Mosberg, Blefeld**  
1868 — 60 — 2222  
Verlangen Sie in der Höhe  
bewährte Berufsbekleidung  
Teakholz-Wasserwaagen, Kellers,  
mit der Wasserwaage  
Musikinstrumente, Sprechmaschinen  
abfabr. Schallplatt 1 A  
am. Rühr. Uhrzeitl. Weckl.  
Luis, geg. f. Ernst  
Hess Nachh., geg. 1872,  
Mittelhof 1 & 2, 921. Statl.  
gat. 10000 Zantfig.

**Neue Gänsefedern**  
rote von der Gans gerupft, doppelt gereinigt,  
Bündel 3,-, beste Qualität 3,50; Gänsefedern  
gereinigt 5,-, 1/2-Daunen 6,75; Gänsefedern  
8,-, 10,-, gereinigte Feder mit Daunen,  
gereinigt 4,-, 6,25, 7,75, 12,50. Garantie  
für reelle, flauschige Ware, ab 5 Pfund  
portofrei. Versand per Nachnahme.  
Frau A. Wodrich, Gänsefedern,  
Streitw. (Coblenz).

**Bauschule Rastede I. O.**  
Von C. Rastede, Progr. frei  
Pollerkurse u. Vorbereitung  
-- auf die Meisterprüfung --  
Achtung beim Einkauf  
Original - Wanderlust-  
Werkzeuge  
Wasserwaagen, Meilen sau,  
alte Bauartikel. Liste franko.  
G. Rasch & Sohn,  
Reimscheld, Wilhelmstr. 33.

**Käsebilliger** ab Fabrik  
Holst. Tafelk. (Broiform) 9 3/4 3,60 A  
Tafelk. Art (Gelbrinde) 9 3/4 4,80 A  
Edamer Art rot gewaschen 9 3/4 4,30 A  
Tafelk. Art (Qualität) 9 3/4 4,80 A  
Gute schmilffeste Ware, hergestellt  
l. Schmelverl. Nachn., Port u. Verp.  
1 A. Site Danke, Hamburg 29, D. B.

**Wilhelm Fahr**  
letzt: Berlin, Brunnenstraße 87  
Stahl-  
Holz-  
Kleiderbett, Polst., Schlafz. Chaiselung  
an Privat. Ratszahlung. Katalog 54 frei.  
Eisennägelabrik, Suhl (Thür.).  
**Bauhandwerker**  
Drehbohrer 13 A  
Zweibrüder 9, 9 A  
100 Volt .. 5,90  
120 Volt .. 7,50  
150 Volt .. 9,75  
Versand geg. Nachn.  
Überland-Radio,  
Berlin,  
Welsbergweg 24.  
**Anoden-**  
Batterien. Frisch  
100 Volt .. 5,90  
120 Volt .. 7,50  
150 Volt .. 9,75  
Versand geg. Nachn.  
Überland-Radio,  
Berlin,  
Welsbergweg 24.  
**Maurerhosen**  
Zweibrüder 13 A, u. 9-  
Drehbohrer 13 A, 13-  
Viol. Freiw. A. Marken.  
Mus. grat. u. franko.  
Herbert Frische,  
Nieperderwitz 1 S.

**372. Hamburger Staats-Lotterie**  
Die Lotterie ist auch in Preußen, Braunschweig und Thüringen erlaubt, damit jedermann Gelegenheit hat, die Riesen-Gewinnchancen zu genießen.

!! 90 000 Lose, 35 952 Gewinne und 7 Prämien !! **Wer nicht wagt, gewinnt nicht!** Die Lotterie besteht aus sechs Klassen Die Preise für alle sechs Klassen sind die gleichen

**Größter Gewinn im glücklichsten Falle 750 000 Mark (3/4 Million)**  
Zur Auslosung gelangen:

**10 Millionen 65190 MARK**

Höchstgewinne evtl. M **650 000, 640 000, 630 000, 620 000, 610 000,**  
Prämien und Gewinne à M **300 000, 250 000, 200 000, 100 000, 90 000, 80 000, 70 000, 60 000, 50 000, 45 000, 40 000, 35 000, 30 000, 25 000, 20 000, 15 000** usw.

Der Verkauf der Lose erfolgt gemäß den Bestimmungen des amtlichen Spielplans.

Die Original-Lose zur 1. Klasse kosten	1/8 Los Mark 3,85	1/4 Los Mark 7,35	1/2 Los Mark 14,35	3/4 Los Mark 28,35	Die Freise enthält d. Kost. für Porto und Gewinnliste
--	-------------------	-------------------	--------------------	--------------------	---

Seit der letzten Lotterie ist der Spielplan durch Vergrößerung der Gewinne bedeutend verbessert. Bestellung zur 1. Klasse erbitte sofort, spätestens aber bis zum 22. Juni 1929, damit der Auftrag bestimmt zur Ausführung gelangt.

**Emil Ichenhäuser, Lotterie-Kollekte, Hamburg, Große Theaterstraße 34**  
Abteilung 1.

Bitte, den Bestellbrief hier abschneiden

Bestellbrief für Herrn Emil Ichenhäuser, Lotterie-Kollekte, Hamburg, Große Theaterstraße 34, Abteilung 1.

Senden Sie mir zur

..... ganzes Original-Los .....	Mark 28,35
..... halbes Original-Los .....	Mark 14,35
..... viertel Original-Los .....	Mark 7,35
..... achtel Original-Los .....	Mark 3,85

Nebenstehende Preise enthalten schon die Kosten für Porto und Gewinnliste

Adresse des Bestellers: (Geff. recht deutlich schreiben)

Vor- und Zuname: .....

Stand: .....

Wohnort: .....

Straße oder Postort: .....

Briefliche Geldsendungen erbitte stets nur per „Einschreiben“

Beitrag — folgt gleichzeitig per Postanweisung — ist per Nachnahme zu erheben — anbei per Einschreiben. (Nichtgewünschtes ist durchzustreichen.)



Musik im Heim. Unter den im Mai-Nachtrag von der Homophon-Gesellschaft herausgegebenen Schallplatten, welche Homocord sind, wiederum einige gute Aufnahmen...

Bücher und Schriften

Friedrichs Wissenschaftliche Zeitschrift für Schule und Praxis. Heft 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100...

Bühne und Konjunktur in Amerika, von Jürgen Kuczajski. Stofflicher der Amerikaner Federation inodor. Verlag der...

Das Amt der britischen Arbeiterpartei. Von Egon Berthelmer. Mit einer historischen Einleitung von G. S. Cole.

Die Beiträge sind das Fundament unseres Bundes! Für die Woche vom 3. Juni bis 9. Juni ist der 22. Bundesbeitrag für 1929 zu zahlen.

Text, ein Roman von Romaromi. Wägenalthe Gutenberg, Berlin SW. 6, Dreilindenstr. 5. Dieser Roman gleicht einem...

BERANNTMACHUNG DES BUNDES-VORSTANDES

Der Mauerer Johann Müller, geboren am 17. Juli 1907, eingetragener am 1. April 1927 in Lübeck hat, wie uns vom...

Vom 21. bis 27. Mai haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse gefandt: Altenburg 1300 M, Aischaffenburg 1450, Augsburg 3000, Arnstadt 700...

Der Beamte. Unter dem Titel 'Der Beamte' ist eine neue wissenschaftliche Vierteljahrsheft erschienen, die von...

München 150, Raumburg 15, Neisse 15, Neustrelitz 3, Saßwedel 15, Schneidemühl 75, Stavenhagen 3, Stettin 37,50, Markemmappen: Königsberg 145 M.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

Anklam. Ewald Zillmann, Mauerer, 54 Jahre alt, Augsburg. (Hofstätten). J. Schmidt, Hilfsarb., 28 J. Dessau. Friedrich Sackwitz, Mauerer, 68 Jahre alt.

Frank Gratz, geb. 27. Dezember 1893 in Weidenbrunn, Buchnummer 101/22, eingetrag. am 27. Oktober 1927...

Erich Schulze, Mauerer, geboren 2. Dezember 1892 in Döhlenfeld, Magdeburg, wird am 28. August seiner Verdienste...

Friedrich Suckrath, Mauerer, geboren am 4. August in Wülfen, wird seinen Eltern nachtragt geben, weil ihr Haus abgebrannt ist.

Frage: Wie sichern ich meinen Lebensunterhalt und den meiner Familie für die Zeit der Krankheit und Berufsunfähigkeit?

Antwort: Indem du als Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes zur Ergänzung der Leistungen der Sozialversicherung bei einem geringen Beitrag...

Einrad-Werke (Im Volkslied). Vater, Mutter, Tochter, Sohn Radeln um die Werke schon. Einrad-Rad und Sonnenschirm. Das genügt zum Glückseligen.

Verlag: Deutscher Baugewerksbund (Rita'schen) Verbands-, Schriftleiter: Wilhelm Schmid. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW. 11. Druck: Kuerdruck, Hamburg.

Aufklärungswerk für Braut- und Eheleute! Von Arztl. Autoritäten (Dr. Brunnock, Dr. Rau) streng sittlich alle Fragen beantwortend...

Bei Gallenstein- u. Leberleiden! Magen- und Darmkrankheiten, chronischer hartnäckiger Stuhlverstopfung und ihren vielen Folgen...

Riel. In der Nummer 21 des „Grundstein“ sucht die Riel-Fabrikanten, Riel-Garden, mehrere Formen für Bauernarbeit. Von der Betriebsverfälschung wird uns dagegen mitgeteilt, daß in Riel noch mehrere Formen arbeitslos seien. Alle arbeitsfindenden Formen haben sich zu melden bei dem Löffler S. Lippenberger, Kroog bei Elmshagen, Zepfelfing 32.

2 Sachverständiger auf Bitte des, möglichst nicht zu junge Leute, denen an Bauarbeit gelegen ist, zu sofortigen Eintritt gesucht. Steinbrunn Hermann, Bismarckstr. 1. 100.

Aus der  
**Bauarbeiter-Internationale**

(B-I.) Amerika. In der Aprilnummer „The Bricklayer, Mason & Plasterer“ wird der Ausspruch eines Unternehmers, des Vorsitzenden der General Electric, Gerhard Swope, festgehalten. Swope erklärte vor einer Versammlung in New York-City, dass man die „altmodische Ansicht“, dass die Löhne so niedrig wie möglich sein müssten, in den Müllhaufen werfen muss. Er sagte, dass die Unternehmer selbst höhere Löhne zahlen und eine kürzere Arbeitszeit vorsehen sollten, nicht nur damit sich die Prosperität in der gegenwärtigen Lage hält, sondern, um ihr zu einem noch größeren Aufstieg zu verhelfen. Des weiteren entkräftete er die Klagen, dass es den Arbeitern an Interesse mangle, indem er kühn behauptete, dass höhere Löhne am besten dazu dienen würden, das Interesse und Verständnis der Arbeiter zu steigern und somit eine größere Leistungsfähigkeit und Produktion zu erreichen. Den auch in Amerika vorhandenen Unternehmern, die nicht seiner Meinung sind, antwortete Swope: „Es besteht kein Zweifel darüber, dass unsere gegenwärtige Prosperität und der allgemein hohe Lebensstandard zum grossen Teil auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass die Arbeiter heute ungefähr 125 % höhere Löhne erhalten als vor 15 Jahren, während sie für das, was sie zu kaufen haben, nur 60 % mehr zahlen müssen. Das ist eine zu begrüssende Tendenz, die von der Industrie unterstützt werden sollte. Hohe Löhne sind nicht unverträglich mit niedrigen Produktionskosten. Grössere Leistungen waren noch stets die Folge höherer Löhne und der feine Firmengeist, der in einem Unternehmen, das angemessene Löhne zahlt, vorhanden ist, hat unschätzbaren Wert.“

(B-I.) Berufsschulen in Frankreich. Die Bauunternehmer in Paris haben für einige Berufskategorien Kurse und Schulen eingerichtet. Durch diese Einrichtungen soll das Lehrlingswesen gefördert und sollen einheimische Facharbeiter herangebildet werden. Den Antrieb hierzu gab das Gesetz vom 25. Juli 1919 über die Organisation der technischen Ausbildung im Beruf. Dadurch sind alle Unternehmer verpflichtet, die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren an Berufsschulen teilnehmen zu lassen. — Ein Gesetz vom 13. Juli 1925 brachte die Lehrlingsstaxe, wodurch die finanzielle Grundlage der Berufsschulen sichergestellt wird. Jeder Unternehmer ist verpflichtet, von je 100 Frank ausgezahlt Arbeitslohn 20 Centimes für die Lehrlingsausbildung abzugeben. Von dieser Abgabe entbunden sind Unternehmer, die die Fachausbildung im Sinne des Gesetzes selbst organisieren oder zur Erhaltung bestehender Fachschulen in entsprechender Weise beitragen. — In Paris, verteilt auf Stadtviertel, befinden sich neben andern Fachschulen auch solche für Schlosser, Bauschreiner, Zimmerleute, Maurer, Klempner, Ofensetzer, Tapezierer. Die Schüler treten nach der Entlassung aus der Volksschule, im Alter von 13 Jahren, in die Fachschule ein, wo sie ein Jahr bleiben, um dann bei einem der Unternehmern angemessenen Unternehmern untergebracht zu werden. Das Lehrpersonal besteht aus hervorragenden Fachleuten. Die Lehrmittel sind modern und erstklassig. Ausser dem Fachunterricht gibt es Unterricht in Zeichnen, Mathematik, Französisch, Rechtschreibung und Turnen. Die Schüler erhalten ihre Mittagsschule in der Schule; für die Maurerlehrlinge sind Schlafsäle eingerichtet. An der Leitung sowie an der Verwaltung der Berufsschulen sind die Arbeiterorganisationen nicht beteiligt, wohl aber gestattet das Gesetz die Ernennung von Arbeitervertretern zu Inspektoren der Berufsschulen.

**Vom Bau**

Halle a. d. Saale. (Mehr Bauarbeiterstich!) Mit der behäbigeren Bautätigkeit haben in unserm Bauwirtschaftsgebiet auch die Unfälle auf den Baustellen in erschreckender Weise zugenommen. In Halle ereigneten sich kurz hintereinander an den Neubauten der Lutherkirche und des Gemeindeparkes zwei schwere Unfälle. Der Maurer Zea und der Bauarbeiter Zille verunglückten tödlich durch Stürze. Auch die übrigen zahlreichen schweren und leichten Unfälle lassen auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften und auf einen genügenden Bauarbeiterstich nicht schließen. Diese Unfälle und Stürze sind eine Warnung gegen alle, die den Bauarbeiterstich auf die leichte Seite nehmen. Sie sind auch eine Warnung an alle Bauarbeiter, auf der Baustelle mit ihrem eigenen Leben und dem ihrer Mitkollegen nicht zu spielen. Niemandes Familie verliert so ihren Ernährer oder wird mit einem in seiner Arbeitstätigkeit gemindertem Stümpel belastet. Deshalb schickt Euch vor Unfällen! Wählt auf jeder Baustelle einen Baudelegierten! Auch der Baudelegierte ist gehalten, auf Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu achten. Und der Bauarbeiterstichungskommission müssen unsere Kollegen bei Bauteilkontrollen ebenfalls mehr Beachtung schenken und ihre Anweisungen bei Abstellung von Mängeln befolgen. Unsere Lösung muß sein: Mehr Bauarbeiterstich und Wiedereinstellung eines Bauteilkontrollers aus Arbeiterkreisen!

Kön. (Baukontrollen.) Die Bauarbeiterstichungskommission kontrollierte kürzlich die Baustellen aller Firmen, die auf dem Goldenbergwerk (H. W. E.) in Knappschlachten ausführen. Bei der Hof- und Tiefbau A.-G.

aus Essen ereigneten sich im März allein 12 Unfälle, wovon die Hälfte schwerer Art waren. Der letzte Unfall ereignete sich wegen Fahrlässigkeit und verlief bei einem Verunglückten tödlich. Ein zweiter Arbeiter schwab noch in Lebensgefahr. Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß man beim Montieren des Eisengeflechts der Turbinenfundamente ein Gerüst gebaut hatte, das jeder Beschreibung spottet. Das Gerüst war weder verstreut, noch genügend unterstützt. Beim Befahren kam es ins Schwanken und rief, die Arbeiter unter sich begrabend, das massive Eisenschlangengerippe mit um. Bei der Firma lauret der Tod auf Schritt und Tritt! So fehlen an den Arbeitsstellen, die etwa 20 bis 25 m hoch sind, die Schutzgerüste. Ebenfalls fehlte die Brustwehr und die Rückenlehnen. In den Decken der Bauten befinden sich Öffnungen. Wenn ein Arbeiter dort hineinfällt, stürzt er 25 m hinab. In der Höhe wird gemauert, und trotzdem wird nicht abgedeckt. Die Brücke, über die die Baustoffe transportiert werden, ist schlecht abgedeckt. Es sind viele Wippen und Fußfallen vorhanden. Die Drehseile sind nicht feststellbar. Der Verbandhaken läßt auch viel zu wünschen übrig. Eine der Hauptursachen der vielen Unfälle ist das Antriebsystem. Es wird den Arbeitern nicht genügend Zeit gelassen, Anschlußvorrichtungen herzustellen. — Bei der Firma Franz Hoff von Essen mußte ebenfalls ein Arbeiter sein Leben lassen. Ein etwa 5 m langer, aufrechtstehender Winkelträger wurde so wegfeselt, daß er nur noch etwa 20 cm im Mauerwerk stand. Die damit beschäftigten Arbeiter wurden dann an eine andere Arbeit geschickt. Der

**Dein Arbeitskollege,  
der junge Gefelle,  
der neue Hilfsarbeiter  
gehört in den Baugewerksbund!**

Träger, seines Haltes beraubt, stürzte um und erschlug einen in der Nähe beschäftigten Arbeiter. Hätte man den Träger gleich umgelegt — was richtig gewesen wäre — oder sonstige beseitigt, dann wäre auch hier der tödliche Unfall vermieden worden. Der Unterkaufstraum bei Hoff ist auch zu klein. Ein Teil der über 100 Mann starken Belegschaft hat überhaupt keinen Platz oder eingewandert in der Bude. Ein Arbeiter kontrollierten der Unterkaufstraum etwa 20 bis 30 Meter Benzin gelagert, was nicht statthaft und eine große Gefahr ist. In den Aufhängern steht ebenfalls teilweise die Röhre. Als Entschädigung dafür meinte der Unternehmer, daß es doch nur ein Galoppbau wäre, der in 1 bis 2 Wochen fertig sei. Er scheint mit diesem Anspruch für die ganze dortige Arbeit den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben. — Die Unfälle und Mißstände müssen die Bauarbeiter veranlassen, mehr als bisher für die Durchführung der Unfallvorschriften einzutreten. Dies kann erfolgreich nur geschehen, wenn sich die Arbeiter eine Betriebsvertretung wählen. Sie hat mit über Arbeiterstich und Unfallverhütung zu wachen. Was sich eine Belegschaft anginglich und gleichgültig zeigt, wird sie mit dem Tod oder mit Strappatum belohnt werden, wie das hier bei einigen Firmen der Fall ist. Aber auch die in Betracht kommenden Behörden fordern wir auf, sich mehr als bisher der Industrie- und Fabrikarbeiten anzunehmen. Gerade dort wird hinsichtlich der Unfallverhütungsvorschriften von jeder gefordert!

**Allgemeine Rundschau**

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Bei Zeitungsdruck erfahren wir, daß das Reichsamt für die Arbeitslosenversicherung im festsitzenden Modelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, in einer Erhöhung des Beitrages von 3 Prozent auf 4 Prozent besteht. Das Reichskabinett selbst hat darüber noch nicht beschlossen. Mit der Beitragserhöhung auf 4 Prozent wird man sich angesichts der trostlosen Finanzlage abfinden müssen. Dafür jedoch ist jede Verschlechterung des Gesetzes abzulehnen. Für vernünftige Reformen sind die Gewerkschaften selbstverständlich jederzeit zu haben; sie müssen jedoch von solcher Art sein, daß sie den Arbeitslosenstich verbessern.

Was Erma — Irma. „Erma“ hieß das europäische Schienenkartell, das jetzt nach endgültiger Unterzeichnung des Kartellvertrages seinen Vorkartellnamen „Irma“ (Internationales, statt europäisches Schienenkartell) zurückbehielt. Die Firmenänderung ist auf die Anerkennung der amerikanischen Bezeichnungen an dem Kartell zurückzuführen. Die amerikanischen Kartellmitglieder erhalten eine Quote von 15,5 % gegenüber 25,7 % vor dem Kriege. Die deutsche Quote beträgt, die unangenehmen Reparationschienen nicht gerechnet, 19,8 % gegenüber 20,1 % vor dem Kriege. Die gewaltige Steigerung der französischen Schienenherzeugung liegt auf 17,6 in der neuen „Irma“ über. Das Kartell bietet seinen Mitgliedern vor allen Dingen einen Gebietschutz, d. h. die Inlandsmärkte sind den Landesgruppen vorbehalten. Im übrigen ist das Internationale Schienenkartell ein Exportkartell, das nicht allein die Produktionsquoten unter den Landesgruppen für die Zukunft verteilt, sondern darüber hinaus auf die Preise festsetzt.

Der „Wert“ der Kartelle. In der „Industrie- und Handelszeitung“ urteilt ein Fabrikbesitzer über die Kartelle so: „Durch gegenseitige Stiftungsaktionen, wie Kartellierung, Preisbindung, Preisprüfung und dergleichen werden wir unsere gegenwärtige Lage nicht nachhaltig verbessern. Wenn die Überproduktion das Haupt-

übel ist, das beseitigt werden muß, so werden wir durch derartige Maßnahmen den heuligen Zustand nur verewigen. . . Je komplizierter und entwicklungsfähiger aber die Erzeugnisse sind, das heißt, je mehr Forschungsarbeit aufgewendet werden muß, um die Erzeugnisse auf eine möglichst hohe Entwicklungsstufe zu heben, um so schwieriger werden sich derartige Preisbindungen bei den vorhandenen Ozeanunternehmern und dem gegenwärtig raschen Entwicklungstempo ohne Ungerechtfertigkeit für die Erzeuger und Abnehmer durchführen lassen. Es wird nur vorübergehend ein einschneidend wirkendes Preisbindungsgefühl erreicht werden, das unsere Anstrengungen aber erlaben läßt.“ Das ist gewiß kein günstiges Urteil für die kartellartigen Organisationen.

Die Chemie-Internationale. Vor dem Kriege hatte die chemische Industrie in Deutschland eine fast konkurrenzlose Stellung auf dem Gebiet der Leuchtstoffproduktion. Im Kriege haben alle Staaten mit allen Mitteln daran gearbeitet, dies Monopol der deutschen Industrie zu untergraben. In England, Frankreich und Nordamerika entstanden riesige Werke zur Erzeugung von chemischen Produkten. Dadurch sah sich die deutsche Industrie einer veränderten Stellung gegenüber. Das führte zu dem Versuch, internationale Abkommen zu treffen. Mit Ende 1927 zu einer Vereinbarung. Jetzt ist diese verlängert und durch den Beitritt der Schweiz erweitert worden. Die Industrie der Schweiz haben sich über den Abzug und über die Kartellierung der Produktion verständigt. Auch die Preisgestaltung soll eine gemeinsame Regelung erfahren. Als einziger Abnehmer von Bedeutung kommt England in Frage. Die Preisbindungsversuche mit England sind bisher gescheitert. — Zu gleicher Zeit wird von der IG-Farbenindustrie bekanntgegeben, daß mit der Standard-Oil-Campagne eine engere Interessengemeinschaft zustande kam. Beide Konzerne haben ein gemeinsames Arbeitsprogramm auf dem Gebiete der Hydrierung zwecks Herstellung von synthetischem Benzin vereinbart. Die IG-Farben wird in Kürze eine amerikanische Finanzgesellschaft errichten.

Ein vernünftiges Ziel. Auf der Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller nahm der Vorsitzende des Verbandes, Direktor Wittke, Niederschlag, zu den gegenwärtigen Problemen Stellung. Ueber die Lohnfrage äußerte sich der Redner unter andern folgendenmaßen: „Fünf Jahre lang hat man Reichsämter mit der Lohnpresse gefächelt, und seit weiteren fünf Jahren erregt man höhere Löhne durch das Herausheben der Lohnzahl. Der Unternehmer, der heute infolge des Absatzbedürfnisses der mechanischen Erzeugung vielfach ein noch größeres Interesse an den hohen Löhnen hat als der Arbeitnehmer, aber die Höhe des Lohnes allein nach der Kaufkraft bemisst, steht die wichtigste Aufgabe der deutschen Gegenwart darin, den durch übermäßige Ansprüche der öffentlichen Hand und durch die Erhöhung der Lohnzahl überforderten Preisstand rasch und nachdrücklich herabzusetzen.“ — Es ist ein freimütiges Bekenntnis, daß die Unternehmer der Fertigungsindustrie ein großes Interesse an hohen Löhnen haben. Wenn in der Tat wird die Absatzfähigkeit der weiterverarbeiteten Fertigungsindustrie Deutschlands schließlich durch die Höhe der Löhne bestimmt. Wenn nun außerdem die sächsischen Industriellen „den Preisstand rasch und nachdrücklich herabzusetzen“ sich bemühen, so ist dies ein Ziel, dem jedermann, auch die Arbeitererschaft, zustimmt. Es muß betont werden, daß die Arbeitererschaft gar kein Interesse an einer Erhöhung der Nominallohne hat, wenn der Reallohn durch Senkung der Preise gehoben wird. Bedauerlich ist nur, daß wir trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen vergeblich auf die Senkung der Preisstufe fest langsam warten. Hinterher immer wieder zu erklären, daß die nominalen Lohnhöhen eine Senkung der Preise verhindern, wirkt nachgerade lächerlich.

Wie sich die Gewerbeaufsicht in hundert Jahren durchsetzte. Vieles in der Gewerbeaufsicht erscheint uns heute als selbstverständlich. Aber wie schwer war es doch, Fortschritte zu erzielen! Es sind ungefähr hundert Jahre her, wo man die ersten Gesetze zur Einschränkung der Kinderarbeit schuf. Dazu war eine gewisse Betriebskontrolle notwendig, die in der ersten Zeit von der Ortspolizei ausgeübt wurde. In dem neuen Jahrbuch des Arbeitserforscher Groß-Hamburg lesen wir über die geschichtliche Entwicklung des Gewerbeaufsichtsgedankens noch folgendes: „England ging 1833 mit der erst nur zaghaften Verwirklichung des Gedanken voran, indem es 4 solcher Inspektoren für das ganze Land bestellte. In Frankreich, wo man seit 1841 ebenfalls nur ehrenamtlich tätige örtliche Inspektionsauschüsse hatte, betraute man 1868 zunächst die Bergingenieurure mit der Überwachung der Kinderarbeit in den Fabriken, 1874 genehmigte man unter Beibehaltung der ehrenamtlichen Ausschüsse die Ernennung von 15 sogenannten Divisionsinspektoren, aber erst durch Gesetz vom Jahre 1892 wurde eine neuzeitliche Regelung der Arbeitsaufsicht erreicht. In Deutschland geschah zuerst 1855 für die drei besonders industriellen Regierungsbezirke Preußens die Anstellung je eines hauptamtlichen Fabrikinspektors, aber selbst die Gewerbeordnung von 1899 bezieht es noch bei der faktualen Anstellung solcher Inspektoren; zugleich machte die Gewerbeordnung jedoch die Unternehmer verantwortlich für einen allgemeinen Gefahren- und Gesundheitschutz. Die betreffenden Vorschriften (§ 107 O. V. von 1869) stifteten Preußen im Jahre 1878 zur Vermehrung der Zahl seiner hauptamtlichen Fabrikinspektoren von 3 auf 15, nachdem die im gleichen Jahre ergangene Novelle zur Gewerbeordnung die Überwachung des Gefahrenschutzes zwar auf Fabriken beschränkt, aber die Bundesstaaten zur Anstellung von Fabrikinspektoren erstmals verpflichtet hatte.“ — Die Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1891 erweiterte die Arbeitsaufsicht wesentlich. Die zunehmende Frauenarbeit und die dazu erlassenen Schutzgesetze trugen dazu bei. Aber erst nach dem Kriege gelang es, Arbeiter in die Stelle eines Gewerbeaufsichtsbereitschaften hineinzubringen. Auch die Gewerbeaufsicht durchsetzte, ist daraus zu ersehen, daß im Jahre 1927 in Deutschland 705 Gewerbeaufsichtsbereitschaften vorhanden waren. Das ist das Resultat einer Entwicklung von 80 Jahren. Wesentliche Fortschritte waren aber erst zu erzielen, als die Gewerbeaufsichtsbewegung als aktiver Faktor in Erscheinung trat.



für Hilfs- und Tiefbauarbeiter. Die Bewegung der Stukkatoren ist noch nicht abgeschlossen. Im Unterwesterravennkreis, Ems und St. Goar wurde am 29. April abgeschlossen. — Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. — Ein Antrag des Vorstandes, neben dem jahresgemäßen Beitrag einen Lokalbeitrag in der Höhe von 5 % zu erheben, wurde abgelehnt. Annahme werden sich die Mitgliederversammlungen mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Hierauf gab V h r e n s einen Überblick über die Reichs- und Bezirksarbeitsverhandlungen. Gerade über die Verhandlungen zeigen, wie nötig eine geschlossene Organisation im Baugewerbe ist. In der Aussprache sprachen drei Kollegen. J w e l d e n hatte es das Schlichtungsweises angehen, auch waren sie mit dem neuen Reichsarbeitsvertrag ganz und gar nicht einverstanden. Der dritte Kollege war auch nicht befriedigt, erklärte aber, daß die Verhandlungsführer alles getan hätten, um die Interessen der Bauarbeiter zu wahren. Es habe deshalb im Interesse der Mitglieder gelegen, wenn die übergroße Zahl der Delegierten auf den Bezirkskongressen dem A. V. D. zugestimmt habe.

**Limburg.** „Christliche“ Pfingstbotschaft. Der Klerus von Limburg baut ein Priesterseminar. Er verpflichtet dabei die Bauunternehmer, nur christliche Bauarbeiter auf diese Arbeit zu stellen. Damit sind Arbeiter gemeint, die das Verbandsbuch der christlichen Bauarbeiter in der Tasche haben. Die Bauunternehmer fragen nunmehr die Arbeiter bei Arbeitsnachfrage, ob sie christlich organisiert sind. Wenn das nicht zutrifft, erklären sie ihnen, daß sie dann nicht eingestellt werden könnten. Mit dieser Kampfanlage ist das gute Einverständnis zerstört, das seither zwischen den christlich-organisierten und den freigeorganierten Bauarbeitern bestanden hat. Die Bauarbeiter, die zur vier Fünfteln dem Baugewerksbund angehören, können sich derartige Kampfmaßnahmen nicht gefallen lassen. Besonders interessant ist an der Sache, daß hier nicht die Religion den Ausschlag geben soll, sondern nur das christliche Verbandsbuch. Zweifellos sind auch im Baugewerksbund gute Christen organisiert, zum Teil sehr katholisch, als mancher, der in der christlichen Gewerkschaft organisiert ist. Das Religionsbekenntnis soll doch wohl auf freier Überzeugung beruhen; der Klerus von Limburg jedoch duldet diese freie Einstellung zur Religion nicht. Er macht die Überzeugung zum Zwang und damit zur Farc. Es ist übrigens schon mehrfach vorgekommen, daß der Klerus von Limburg mit priesterlicher Diktat in das öffentliche Leben Limburgs eingreifen wollte, er hat dabei schon manche Niederlage erlitten. Wir sind nunmehr zu Gegenmaßnahmen gezwungen. Die Bauunternehmer, die sich dem Diktat des Klerus unterworfen haben, sind zu bedauern, sie kennen anscheinend die Reichsorganisation nicht, in der die Koalitionsfreiheit ausdrücklich gegeben und geschützt ist. Dies werden wir den Unternehmern in den nun folgenden Prozessen klarmachen. Der christliche Bauarbeiterverband wird weiterhin mit dieser Angelegenheit irgend etwas zu tun haben. Das wäre auch schwer nachzuweisen. Es fehlt aber nicht an Beweisen aus letzter Zeit, daß die christlichen Bauarbeiter nicht die christliche Öffentlichkeit predigen, sondern dort, wo sie glauben es machen zu können, Zwiespalt sät. Jedenfalls ist auch dieses Vorhaben ein Beweis dafür, wie wenig es mit der christlichen Nächstenliebe in der Praxis auf sich hat bei Leuten, die sich berufen fühlen, wahres Christentum zu vertreten.

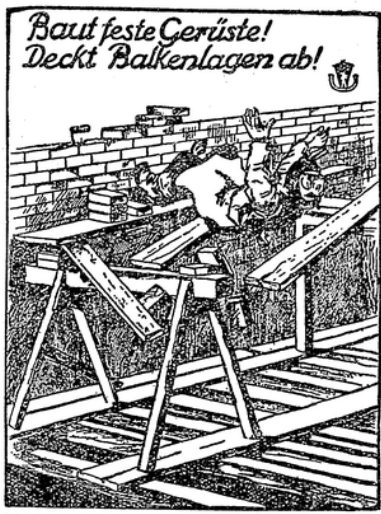
**Neukirchen.** Auch hier haben die Bauarbeiter zu der Lohnbewegung Stellung genommen. Der Ausgang ist bekannt. Überall muß nun darauf gesehen werden, daß auch die neuen Löhne zur Auszahlung gebracht werden. — Die Abrechnung vom 1. Vierteljahr erzielte die große Arbeitslosigkeit während dieser Zeit. Die Hauptkasse verzeichnete nur 2255,20 M.; für Strecklöhne wurden 849 M. eingenommen. Zuschüsse zur Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung waren 10500 M. erforderlich. Die Lokalkasse verzeichnete mit Bestand 3792,88 M. und verausgabte 3285,26 M.; es verblieb ein Restbestand von 447,12 M. für Verwaltungsmarken waren eingenommen 2107,90 M. Wären diese Einnahmen nicht gewesen, so hätten wir mit einem großen Fehlbetrag abgeschlossen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

### Aus den Fachgruppen

#### Glasler.

**Affenburg.** Am 22. Mai hielt wir eine gut besuchte Versammlung ab, in der L e i p n i z, Dresden, über den neuen Reichsarbeitsvertrag. Er schilberte zunächst die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um einen derartigen Vertrag zu schaffen, zumal im Baugewerbe das Kleinmeisterstum noch vorherrschend ist. Darauf erläuterte er die einzelnen Positionen des Vertrages. — In der Aussprache kam allgemein die Befriedigung über den Abschluß des Vertrags zum Ausdruck, auch verpflichteten sich die Kollegen, seine Bestimmungen überall streng einzuhalten. — Erstinstanzliche wurde auch eine ziemlich Anzahl Lehrlinge in der Versammlung angewandt, die mit Interesse den Ausführungen folgten. Lepnig gab noch einige Anregungen über die Ausgestaltung der Bauarbeiten für die Glaslerlehrlinge. Die Lehrlinge gehören bis auf wenige dem Baugewerksbund an, deshalb bemüht sich auch die Fachgruppe, immer weitere Aufsichtungsarbeit unter den jungen Kollegen zu leisten.

**Dresden.** Die Versammlung am 25. Mai befaßte sich mit dem Lohnabkommen. Die Kommission verhandelte 8 Wochen, um eine Erhöhung des Lohnes zu erzielen. Der Epilohn beträgt nun vom 10. Mai an 1,20 M. je Stunde, vom 8. September an 1,15 M. je Stunde, für Gehilfen bis zum 21. Lebensjahre 1,13 M., vom 8. September an 1,15 M., für Gehilfen im zweiten Lebensjahre 98 %, vom 8. September an 98 %, für Gehilfen im ersten Lebensjahre 91 %, vom 8. September an 93 %. Die Auszahlung ohne Überstunden beträgt je Tag 1,50 M., bei Überstunden nach Freier Vereinbarung. Das Werkzeuggeld beträgt 1 % des Epilohnes. Nach sechsmonatiger Tätigkeit bei einer Firma werden dem Gehilfen drei Tage Ferien unter Fortzahlung des vollen Lohnes gewährt, bei jedem weiteren Beschäftigungsjahr ein Tag mehr bis zur Höchstzahl von



Baut feste Gerüste! Deckt Balkenlagen ab!

sechs Tagen. — Ein Antrag, monach unsere Kollegen, die auf Baustellen arbeiten, sich freiwillig beim Baubelegierten zu melden haben, wurde angenommen. Wer sich nicht meldet, muß als unorganisiert betrachtet werden. **Plauen i. Vogl.** In der Versammlung am 24. Mai sprach L e i p n i z, Dresden, über die gegenwärtige Lage im Glasergewerbe und über das Tarifweises. Durch die große Arbeitslosigkeit im Baugewerbe erklärt sich die schlechte Lage im Glasergewerbe. Des weiteren behandelte Lepnig den Abschluß des Reichsarbeitsvertrages für Lehrlinge und die Schwierigkeiten, die sich im Freistaat Sachsen dem Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages entgegenstellten. — In der Aussprache wurde allgemein bedauert, daß ein Abschluß wie für Lehrlinge nicht auch für den Freistaat Sachsen zuhandgekommen ist; es wurde gewünscht, daß nichts unversucht gelassen werden müsse, um dennoch einen Reichsarbeitsvertrag zum Abschluß zu bringen. Einstimmig beschlossen wurde, an die Innung heranzutreten zwecks Abschlusses eines örtlichen Tarifvertrages. Allgemein waren sich alle Kollegen einig, mit dem Zustand, daß wir als Mitglieder des Baugewerksbundes noch unter den Vertrag des Holzgewerbes fallen, einmal Schluss gemacht werden müsse.

#### Jöflerer.

**Wremen.** In unserer sehr gut besuchten Generalversammlung gab unser Obmann P r e s s e l den Jahresbericht, der ohne Aussprache entgegengenommen wurde. Der Berichtsfasser führte aus, daß uns der Reichsarbeitsvertrag nicht befriedigt, um einen besseren zu erreichen sei aber notwendig, daß bis zum nächsten Abschluß unsere Organisation gestärkt werden muß. Die Löhne erhöhten sich im letzten Reichsjahr für Jöflerer um 12 %, für Helfer um 10 %. Durch die anhaltende gute Geschäftslage haben zahlreiche Kollegen in Wremen Beschäftigung gefunden. Erstinstanzliche ist es in organistischer Hinsicht vorwärtsggegangen. Unser Mitgliederstand erhöhte sich um etwa 75 %. Nach längeren Verhandlungen konnte der Ortsarbeitsvertrag abgeschlossen werden. Verbesserungen wurden zwar nicht erzielt, jedoch unsere alten Positionen behauptet. Die 47-Stundenwoche ist gleichfalls tariflich festgelegt worden. Als Fachgruppenobmann wurde P r e s s e l einstimmig wiedergewählt, als Stellvertreter Louis Reichling und als Schriftführer Hermann Romohr. Als Generatversammlungsvertreter wurden Kähn, Bartels und Feldhufen, als Lohnkommissionsmitglieder, Dessen, Bartels und Alfred Ohornik und als Bauarbeiter-Schutzkommissionsmitglieder Kähn gewählt.

**Hannover.** Die Versammlung am 18. Mai beschäftigte sich mit der Handhabung unseres Arbeitsnachweises. K a u f m a n n wies in kurzen Zügen nochmals darauf hin, wieviel Arbeit es kostete, um einen Arbeitsnachweis einzurichten. Wenn er auch noch reformbedürftig ist, so ist doch der Anfang gemacht. Es habe sich aber herausgestellt, daß sich einzelne Kollegen unter Umgehung des Nachweises Arbeit verschafft haben. Dies kann nicht so weitergehen; Kollegen, die unsere Nachweise umgehen, müssen in Strafe genommen werden. Dies gilt auch für Kollegen, die von außerhalb kommen. — In der Aussprache wurde durchweg anerkannt, daß der Nachweis unbedingt benutzt werden müsse. Beschlossen wurde, daß jeder Vermittler einen Schein vom Baugewerkschaftsbureau holen soll, auf dem der Name der Firma, nach der der Kollege vermittelt worden ist, angegeben wird. Der Schein soll dem Obmann der Firma zur Kontrolle übergeben werden. Wir müssen wieder mit einem Kollege beschaffen, der die acht- undvierzigstündige Arbeitswoche überstrichen hatte. Der Kollege gab sehr Vergnügen zu und will als Zuge freiwillig den gesamten Überstundenverdienst von 29,70 M. zahlen.

#### Töpfer und Fliesenleger.

**Augsburg.** Die seit dem 1. April im biesigen Fliesenlegergewerbe schwebenden Lohn- und Tarifstrittenfragen auf friedlichem Wege neu zu regeln ist nicht gelangt. Wohl haben die Unternehmer in einem recht gemündeten Schreiben Verhandlungsbereitschaft gezeigt, sie aber nicht verwirklicht. Sie verschieben nun, die Lohnverhandlungen möglichst lang hinauszuhalten, um ihre gegenwärtig ziemlich dringlichen Arbeiten fertigzustellen. Dem Verhalten der Unternehmer wurde durch einstimmigen Beschluß der Kollegen, in den Streik einzutreten, ein Ende gemacht. Streikgebiet ist der Kreis Schwaben und Neuburg.

**Berlin.** Die heiztechnische Kommission für das Ofen-

über ihre Tätigkeit im verfloßenen Jahre. Bei den Arbeitern war das Bestreben vorhanden, gemeinschaftlich mit den Unternehmern die wissenschaftlich-technischen Bestrebungen im Ofenlegergewerbe zu fördern. Die Unternehmer erklärten sich zur gemeinsamen Arbeit bereit. In der ersten Sitzung wurde über die Errichtung bezirkslicher Heizungsberatungsstellen verhandelt, deren Leitung die Unternehmer aber für sich allein in Anspruch nehmen wollten. Unser Einspruch bei der städtischen Baupolizei mit der Bitte, auch Gesellen zuzulassen, wurde dahin beantwortet, daß Gesellen in Vorschlag gebracht werden sollten, wodurch die Sache zunächst gemacht war. Die zweite gemeinsame Sitzung beschäftigte sich mit den Mindeststellungen und Richtlinien. Wir traten dafür ein, unter allen Umständen nur gutes Ausbaumaterial zu verwenden, um die Leistungsfähigkeit des Kachelofens auf den höchsten Stand zu bringen. Auch die Rauchplage stand zur Besprechung. Die Aussprache führte zu großen Meinungsverschiedenheiten, die Unternehmer fühlten sich beleidigt, und es kam zum Bruch. Wir wurden zu den Sitzungen nicht mehr zugelassen. Eine Beschwerde dagegen bei der Arbeitsgemeinschaft für Brennstoffparitätis blieb unbeachtet. Die Arbeiter standen nun allein. Sie hielten es jedoch nun erst recht für ihre vornehmste Aufgabe, für die Fortentwicklung der Heiztechnik zugunsten des Kachelofens zu wirken. Unsere Lehrlinge stellten sich zusammengeschlossen, die Kollegen der Kommission stellten sich ihnen zur Verfügung. In jeder Woche hielt ein Kollege des Abends den Lehrlingen besprechende Vorträge. So gelang es, festen Fuß zu fassen. Um ein besseres Allgemeinwissen über die Zweckmäßigkeit, Schönheit und gesundheitlichen Anforderungen der Kachelofenheizung gegenüber der Zentralheizung ins Publikum zu tragen, wurde im Einvernehmen mit Herrn Kantor G e r l i c h e unter guter Beteiligung des Museums für Gefertigung in V e l k e n besucht. Ferner wurden im Winter allwöchentlich 4 Abendkurse abgehalten. Diese Kurse haben viel Wissenswertes und Belehrendes gebracht. Ein Filmabend am 1. Juni im Lehrereinsbauhaus war ebenfalls gut besucht, auch ein Lichtbildvortrag am 19. Juni im Gewerkschaftshaus. Hierzu waren alle höheren Bauinstitute der Stadt, die Presse, Gemeinnützige Baugesellschaften und der Oberbürgermeister geladen. Wir haben dort gezeigt, daß der neuzeitliche Kachelofen tatsächlich jeder Anforderung entspricht. Aber trotz dieser Propaganda und obwohl der Kachelofen Brennmaterial einspart, gesunde Wärme erzeugt und wohngesundheitliche Vorteile bietet, kann er gegen die Zentralheizung nicht aufkommen. Die Wohnungsbauplaner der Stadt Berlin sollen sämtlich mit Zentralheizung versehen werden. Als diese Absicht bekannt wurde, wurde sofort von uns und vom Bund für Deutsche Kachelwerkstatt am 3. Januar eine Sitzung nach dem Lehrereinsbauhaus einberufen. Dort beriefste Stadtbaurat Dr. W e b e r über diese Bauvorhaben. Die Bauten sollen in Siemensstadt und Reinickendorf entstehen. Reinickendorf soll Fernheizung, Siemensstadt Zentralheizung erhalten. Hiergegen wurde einmütige Stellung genommen. In einer Sitzung am 18. Februar wurde dann berichtet über das, was bisher getan worden ist. Es wurden weitere Beschlässe gefaßt, die als Protest den maßgebenden Stellen zugestellt wurden. Inzwischen hatte sich herausgestellt, daß die vorbestimmten Bauprojekte mit Zentralheizung versehen werden. Die Vorstehende des Hausfrauenvereins Frau G e r t h e M a h l s a m, ließ hervor, daß man bei allen Bauvorhaben in allerer Linie die erfahrenen Hausfrauen hören müsse. Die Hausfrau wolle die Wohnung w i r t s c h a f t l i c h übernehmen, sie hätte deshalb ein volles Recht, mit zu entscheiden, ob man Zentral- oder Ofenheizung bevorzugt. Sie werde sich gegen entschieden für Ofenheizung einsetzen. Sie stelle sich unserer Sache auch journalistisch zur Verfügung. — Zu dem heiztechnischen Kursus von Oktober bis April hatten sich 20 Teilnehmer gemeldet; 17 davon haben bis zur letzten Stunde durchgehalten. Der Lehrer, Herr Dipl.-Ing. R i e w a l d hat sich besondere Mühe gegeben, so daß die Beteiligung jedem Kollegen empfohlen werden kann. Auch im Sommerhalbjahr sollen die Kurse durchgeführt werden. Die Gefahr, die unsern Kachelofengewerbe durch die Zentralheizung droht, ist groß. Alle Interessierten müssen für die Erhaltung der Kachelofenheizung eintreten, weil in Uebereinstimmung mit führenden Fachleuten und Wissenschaftlern in einwandfreier Weise nachgewiesen ist, daß sie gegenüber der Zentralheizung in hygienischer, gesundheitlicher und wirtschaftlicher Hinsicht das zweckmäßigere und bessere Heizungs-system ist.

**Chemnitz.** Die Firma Eugen Wolf in Hohenstein-Ernstthal will sich durchaus nicht den tariflichen Bestimmungen für das Ofenlegergewerbe fügen. Hauptächlich geht es den Arbeitern nach. Schon oft haben wir die Firma aufgefordert, den Tarif einzuhalten und den Ofenleger zu entlassen, der ohne Nachweis und unter Tarif bei ihr arbeitet. Dieser Ofenleger wurde in einer Verhandlung zur Rechenschaft gezogen, er verpachtete auch, aufzuhören, hat aber dann trotzdem weitergearbeitet. In der darauffolgenden Versammlung hat er dann die Kollegen in der gemeinsamen Weise provoziert. Einmütig wurde beschlossen, die Sperre über die Firma zu verhängen und beim Bundesvorstand den Ausschluß des Kurt Neithorn zu beantragen.

**Hamburg.** Unsere Lohnbewegung in Hamburg ist beendet. In freier Vereinbarung wurde für die Ofenleger, die auf Bauten beschäftigt sind, die 45-Stundenwoche erreicht. Arbeitslohn ist Sonnabends um 1 Uhr mittags. Ueber die Lohnfrage konnte eine Verständigung dahin erzielt werden, daß von beiden Parteien der von dem Schlichtungsausschuß gefällte Spruch angenommen wurde. Danach erhalten Reparaturarbeiter einen Stundenlohn von 1,58 M., Ofenleger, die Reparatur- und Umfängerarbeiten ausführen, erhalten einen Stundenlohn von 1,72 M. und für Reparaturarbeiten, die nicht im Rekord berechnet werden können, wird ein Stundenlohn von 1,88 M. gezahlt. Auf die bestehenden Abkordräge des alten Vertrages kommt eine Erhöhung von 13 Prozent. Die Erhöhung der Löhne und Abkordräge tritt am 11. April 1929 in Kraft. Wir eruchen unsere Kollegen, die uns durch den Tarifvertrag zugewandene Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden strikte durchzuführen und um 1 Uhr Arbeitslohn zu machen.

### Die Ausbildung der Maurerlehrlinge.

Die Heranbildung des Nachwuchses im Baugewerbe zu tüchtigen Facharbeitern ist immer eine Frage gewesen, deren Wichtigkeit sich die Gewerkschaften nicht verschlossen haben. In allen Besprechungen über das Lehrlingswesen ist betont worden, daß in erster Linie für die Lehrlinge eine gute, umfassende Ausbildung gewährleistet sein müsse. Der Lehrling hat während seiner Lehrzeit alles zu erlernen, was zu seinem Beruf gehört. Er hat es genügend oft auszuführen, um eine gewisse Fertigkeit in der zu leistenden Arbeit zu erlangen, und ihm sollte auch nach Beendigung der Lehrzeit als Geselle einige Zeit Arbeit gewährleistet sein, um nicht von vornherein durch die etwa sofort nach der Lehre einsetzende Arbeitslosigkeit ein Gefühl der Minderwertigkeit zu bekommen.

Die Forderungen der Gewerkschaften sind verschiedentlich aufgeführt worden. In unseren Kollegienkreisen wurden Meinungen laut, die besagten, daß die Gewerkschaft sich nicht um die Ausbildung der Lehrlinge zu bemühen brauche. Das sei Sache der Unternehmer. Diese hätten für den Nachwuchs zu sorgen, seine Ausbildung zu leisten, und sie hätten sich auch, wenn die Lehrlinge schlecht ausgebildet wären, nachher mit den Gezellen, die nur Arbeitern geringerer Qualität zu leisten imstande wären, herumzuschlagen.

Die Unternehmer wiederum meinten — und hier waren es besonders die Innungsmeister, die diese Meinung hervorhoben und auch noch hervorheben —, die Gewerkschaften hätten kein Interesse an der Lehrlingsausbildung zu nehmen und auch kein Recht, sich darum zu bemühen; denn nur ihnen, den Innungen, stehe seit Jahrhunderten das verbriefte Recht der Ausbildung der Lehrlinge zu.

Die Gewerkschaften — in unrem Falle die Bauarbeitergewerkschaften — haben sich trotz dieser Meinungen immer um die Lehrlingsausbildung bemüht. Ihnen war es selbstverständlich, daß gut ausgebildete Facharbeiter nötig sind, um den früher und heute gestiegenen Anforderungen im Baugewerbe zu genügen. Umse, fadgenau und auch verhältnismäßig billige Arbeit wird nur verrichtet von Facharbeitern, die eine Grundlage in ihren Fertigkeiten während der Lehrzeit erworben haben, und die dann auch, nicht unter der Fuchtel von Unternehmern und angetrieben, sondern frei und selbstständig ihre Arbeit leisten. Wer seine Arbeit versteht, wer in seiner Arbeit gewirkt wird, wer auf der Arbeitsstelle als Mensch behandelt wird und nicht nur als menschliche Arbeitsmaschine, leistet gute Arbeit. Das Bauern wird besser sein und wirtschaftlicher; denn gute Arbeiter sind auf die Dauer besser und billiger als schnell ausgeführte Puscharbeiten.

Die Gewerkschaften haben ein Recht zur Regelung der Lehrlingsfragen. Auch die Bauarbeitergewerkschaften haben es. Hier leistet der Lehrling, gleich wenn er am ersten Tage auf den Bau kommt, Arbeiten, die im Rahmen des Baues gebraucht werden können. Sind es am Anfang auch nur wenige Arbeiten, so werden es nach verhältnismäßig kurzer Zeit mehr.

Weil der Lehrling im Baugewerbe, wirtschaftlich gesehen, etwas bedeutet, und weil es für das Leben eines jungen Menschen unendlich viel ausmacht, ob er einen Beruf voll erlernt hat oder nicht, haben sich die Gewerkschaften für die Lehrlinge im Baugewerbe ein. Sie werden sich weiter für eine gute Ausbildung des Nachwuchses einsetzen.

Diese Sätze sind dem Vorwort einer neu herausgegebenen Schrift, „Die Ausbildung im Maurergewerbe“, entnommen. In der Schrift ist eine Schilderung der bestehenden Zustände in der Maurerlehre gegeben, die Ursachen für die mangelhafte Ausbildung sind aufgezeigt, die Bestrebungen der Unternehmer durch Schaffung von Lehrwerkstätten und Einrichtung von Lehrlingsbäuden sind geschildert, unsere Bemühungen zur Verbesserung der Lehrverhältnisse sind angeführt, und als Ergebnis wird festgestellt: Es muß eine Lehrplangordnung geschaffen werden, wenn die Ausbildung der Lehrlinge im Baugewerbe eine bessere als heute werden soll.

Die Forderung auf Schaffung einer Lehrlingsordnung ist nicht neu. Schon 1920 wurde von den Bauarbeiterverbänden eine Lehrlingsordnung gefordert. Ein Vorschlag wurde im „Grundstein“ Nr. 43 von 1920 veröffentlicht. Damals blieb es bei dem Vorschlag. Heute werden wir nicht bei der Forderung stehen bleiben. Die Arbeiterchaft ist für die Heranbildung eines guten Nachwuchses. Sie wird hierfür wirken. Alle, denen an einer guten Heranbildung des Nachwuchses im Baugewerbe gelegen ist, müssen dafür wirken. Helft alle mit! Wirkt für die Schaffung einer Lehrlingsordnung, in der die Arbeiterchaft gleichberechtigt in der Ausbildung der Lehrlinge mitzubestimmen hat!

### Aus den Bezirksverbänden

**Bezirksverband Königsberg.** (Bezirksjugendtreffen.) Am 130. Jugendkollegen hatten sich zum 1. ostpreussischen Bezirksjugendtreffen in Trausitz eingefunden. Unter den flotten Marschweihen des Landwehrkorps vom Arbeiter-Turn- und Sportverein aus Braunsberg marschierten unsere Jugendkollegen zum Sammelort. Bald ging es dann nach kurzer Rast wieder mit Musik nach der Bahn zur Abfahrt nach Caidin, das leider noch heute Wilhelm dem Dritten gehört. Ausgestiegen wurde im uralten Fischerstädtchen Tokheim und von hier bis Caidin ein Fußmarsch durch die Hafniederung zurückgelegt. In Caidin gab es leider nur die Besichtigung des herrlichen Parks, der für ein Erdolungsheim der Elbinger Arbeiterchaft wunderbar zu gebrauchen wäre. Die Ziegelei und die Majolikafabrik konnten leider nicht besichtigt werden, weil dabei der Höhenpollerungsverwalter jedenfall von den 130 Jugendkollegen Schlimmes erwartete. Von Caidin führte ein Fußmarsch nach dem Fortbau Pankau und weiter nach Swage (Saffschlößen). In ausgelassenster Stimmung, dem recht herben Wetter trotzend, und in bester Ordnung wurde abends mit dem Kassiererbahn Elbing erreicht und dort Quartier bezogen. — Der zweite Pfingstfeiertag entschloßte vor allem durch prächtiges Frühlingwetter. Pünktlich um 8 Uhr morgens war vor dem Rathaus in Elbing eine Kundgebung unserer Jugendkollegen, verband e. V., Allenstein, klagte, um die Aufhebung eines Scheidungspruchs zu erreichen, wonach er dem Preisshühverband und einer Reihe Firmen rund 12 000 M zahlen

anfangung kam es dann im Regierheim, wo Kollege Scheibel vom Bundesvorstand einen der Jugend zu Herzen gebenden Vortrag hielt, für den sie beifallkathend dankte. Anschließend wurden die Arbeiten der Jugendabteilungen aus den Bauabenden und das vom Bundesvorstand gefandete Material besichtigt. Nach gemeinsamem Mittagessen (später gab es noch Kaffee und Kuchen) wurden die wenigen Stunden bis zur Abfahrt in die Heimorte noch in Spiel und Kurzweil verbracht. Nach einer kurzen Dankagung an die Elbinger Freunde und mit einer Mahnung und Ermunterung an die Jugendkollegen konnte Kollege Kinat feststellen, daß bis zur Abfahrt in die Heimat alles gut gegangen war.

**Bezirksverband Rostock.** Am 9. Mai wurde in Rostock eine Jugendleiterkonferenz abgehalten. Anwesend waren Vertreter aus 18 Baugewerkschaften. Einige Baugewerkschaften hatten, trotzdem in ihnen Jugendabteilungen bestanden, keine Vertreter entsandt. Aber auch in ihren Orten muß für die planmäßige Gestaltung der Jugendarbeit hinsichtlich der Werbung und der Schulung des Jungvolkes Arbeit geleistet werden! Der Bezirksleiter, Kollege Mähel, schilderte den Stand der Jugendarbeit im Bezirk. Er behandelte die Schwierigkeiten bei der Durchführung des Tarifvertrages. Es muß überall darauf gesehen werden, daß unsere Jugendkollegen zu ihrem Recht kommen. Die Eltern müssen bewegt werden, nötigenfalls Prozeßvollmacht zu erteilen. Wo einem Lehrling vom Unternehmer Schwierigkeiten gemacht werden, ist unserer Leitung Mitteilung zu machen. Vom Bezirksverband werden die dann erforderlichen Schritte unternommen.

### Der neue Lehrling gehört in die Jugendabteilung unseres Bundes!

Kollege Pifternik schilderte den Stand der Jugendarbeit im Reich und die Erfahrungen in der Jugendarbeit sowie die Arbeiten, die künftig unter unsern Jugendkollegen besonders geleistet werden müssen. Es gilt die Ferienwanderung für die Jugend auszugestalten, den Gedanken der Wanderschaft unter den Jugendkollegen lebendig zu halten, Jugendfunktionäre heranzubilden, die Gesellenschaufisse zu unserer Jugendarbeit heranzuziehen, der Ausbildung des Jungvolkes bei den Unternehmern Aufmerksamkeit zu schenken und die Zusammenarbeit von jung und alt zu fördern. — In der Ansprache berichteten die Jugendleiter über ihre Tätigkeit. Teilweise ist das Ergebnis befriedigend, teilweise bedarf es aber noch sehr des Ausbaues. Unter der Verwendung des vom Bundesvorstand herausgegebenen Materials muß in der Zukunft mehr noch als bisher für die Jugend zu wirken gesucht werden! — Die rechtlichen Fragen wurden ausführlich behandelt. Zunächst wurden die Bestrebungen der Unternehmer zur Abdingung des Tarifvertrages hinsichtlich der Lehrlinge und unsere Gegenmaßnahmen dazu geschildert. Die Rechte und die Aufgaben der Gesellenschaufmitglieber wurden ebenfalls behandelt. Auch die Rechte unseres Jungvolkes aus dem Arbeitsgerichtsgesetz, sowie der Arbeiterkammergesetz und in der Berufsschule wurden vorgetragen. Die Wahrnehmung des Rechts der Jugend ist sehr wichtig. Jugendleiter und Jugendfunktionäre müssen mit ihm vertraut sein. Eine Zusammenfassung der Rechtsfragen ist enthalten in den Schriften „Der Lehrlingsfrage im Baugewerbe“, Ausgabe Februar 1928 und 1929. — Ein Jugendtreffen soll im Spätsommer in Rostock abgehalten werden.

### Streiks und Lohnbewegungen

**Maurer, Baufhilarbeiter und Tiefbauarbeiter:** Gelperrt sind in Wurtzche das Baugeschäft Sörensen, in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog die Bauarbeiten der Firma Sermann & Sohn aus Mannheim.

**Gliesenleger:** Gelperrt ist in Halle das Gliesenlegergeschäft Albert Schüge & Co. Streik ist in Wänden und in Augsburg (Kreis Schwaben und Neuburg).

**Töpfer:** In Oldenburg-Offriesland, mit den Städten Emden, Oldenburg, Vegesack und Wilhelmshaven streiken die Ofenscheier. In Leipzig ist das Ofengeschäft von Paul Haubenreißer, Antonienstraße 11, wegen Nichtzahlung der Tariflöhne gelperrt. In Jett sind die Ofenscheier Gustav Neumann, Gustav Hörnick und Emil Bohme gelperrt, in Burg bei Magdeburg Ahlemann, in Essen Fischer, in Landsberg a. W. Carl Grund junior, in Hofenstein-Ernstl Eugen Wolf. Ferner ist Wärow i. P. für Ofenscheier gelperrt.

**Stiftaltierer:** Streik ist in Berlin.

**Textilature und Pußer:** In Köln a. Rh. streiken die Pußer.

**Klosterlausnij:** Der Angriff der Unternehmer auf die Tariflöhne ist mit vollem Erfolg abgewehrt worden. Die Unternehmer, die sich zwecks Lohnrudra zu einem „Eisenberger Allgemeinen Arbeitgeberverband“ zusammengeschlossen hatten, haben den Ofsthringer Bezirksarbeitsrat und den Reichsarbeitsrat für dessen ganze Dauer anerkannt. Der Lohn steht nunmehr um 1 Pfennig höher, als in Ortsgruppe II.

### Aus den Baugewerkschaften

Altenstein. (Die Profitgeier beim Lannenbergenkamm!) Beim Landgericht Altenstein erregte ein Prozeß berechtigtes Aufsehen, in dem der Bauunternehmer Leipzig aus Hofenstein gegen den Preisshühverband e. V., Altenstein, klagte, um die Aufhebung eines Scheidungspruchs zu erreichen, wonach er dem Preisshühverband und einer Reihe Firmen rund 12 000 M zahlen

sollte. Dieser famose „Preisshühverband“, verulkt Private, Gemeinden und Behörden dadurch, daß er bei Vergabung von Aufträgen durch die ihm angehöflossenen Unternehmer verabredete Angebote abgeben läßt. Während sich dann die guten Bürger über die Submissionsblüten wundern, lachen die Herren vom „Preisshühverband“ sich ins Fäufchen. Erste Angebote wurden nur wenig eingereicht, und zwar nur von Unternehmern, denen der Verband schon vorher die Arbeit zugesprochen wänscht. Fallt der Bauauftraggeber dann auf die „Bewerber“ herein, dann zahlt der Unternehmer, dem der Auftrag zufällt, je nach dem Ergebnis, dem „Preisshühverband“ und jedem der angehöflossenen Unternehmer einen Gewinnanteil, dessen Höhe durch ein Schiedsgericht festgelegt wird. — Leipzig hatte am Lannenbergenkamm eine Arbeit für 70 000 M ausgeführt und sollte davon 12 000 M dem Komplexionskonfium abgeben. Darüber wurden sie sich aber uneinig. Kreisen schon die Löziger Süd-Ofstrenhens um das Nationaldenkmal von Lannenber, das doch gerade von Leuten dieses Schlages heiligsprochen worden ist, wie mag es da erst bei manden andern Arbeiten stinken! Von 70 000 M 12 000 M Korruptionsgeld abzulösen ist schließlich eine Leistung! Um wieviel ist dann der Bauauftraggeber „Denkmalfonds“ heringelegt worden? Vorsitzender des gemeingefährlichen Unternehmens ist kein Geringerer als der Präsident der Sandwerkskammer für das südliche Ostpreußen, Zimmer-Obermeister, Baugenieur, Stadtordeordner, neuerdings als Provinziallandtagsabgeordneter Arthur Pfeiffer in Allenstein!

**Deutsch-Russelien, Oberelbien.** In Jellin referierte in einer Mitgliederversammlung der Kollege V. Kern über „Wirtschaftspolitik und Reichsarbeitsrat“. Dann behandelte Kollege Vorreiter die Baudecklenfrage; dieses Ehrenamt sei der Grundstein unserer Bewegung, jeder Kollege müsse sich für einen solchen Posten interessieren. Auch zu den bevorstehenden Kommunalwahlen wurde Stellung genommen. Eine Zahlstelle mit 17 Mitgliedern wurde hierauf gegründet, in den Vorstand wurden gewählt Stanislaus Warpsch, Vorreiter, Paul Kubzicki, Kassierer, Franz Niesel, Stellvertreter, Viktor Sobotta, Schriftführer. Die Gemäßigten versprachen, die Zahlstelle bedeutend vergrößern zu wollen. Kollege Kern dankte und ermunterte zur Aufbauarbeit.

**Stuttsberg.** Am 12. Mai tagte unsere Vertretergeneralversammlung. Zunächst wurde das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise gelehrt. Dann gab nach einigen geschäftlichen Mitteilungen und Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden den Geschäfts- und Kassenbericht unser Geschäftsleiter. Die das Baugewerbe habe auch das Organisationsleben unter dem außerordentlich strengen Winter gelitten. Im Vierteljahresbericht wurden nicht ganz 4 Vollbeiträge als Mitglied umgelegt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es mehr als 8 Beiträge. Demnach waren im letzten Winter doppelt soviel Bauarbeiter erwerbslos als im Jahre zuvor. — Ein näheres Eingehen auf die letzten Tarif- und Lohnverhandlungen erübrigte sich, da der Verlauf bekannt ist. Die überwiegende Mehrheit der Kollegen ist mit den Abschläffen einverstanden. Die Zentrale der KPD. (Sekretariat Gewerkschaften) sagte in einem Rundschreiben vom 1. Dezember 1928: Das Hauptziel der Unternehmer sei die Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnabnahme und gleichzeitiger Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Das ist durch die Neuabschlüsse abgewehrt und außerdem eine Lohnverbesserung durchgeführt worden. Auch der neue Reichsarbeitsrat zeige Verbesserungen. Folglich könne man von keiner „Niederlage“ der Bauarbeiter reden. Auch für die Spezialgruppen ist die Lohnfrage geregelt. Nur in einer Gruppe steht die Regelung noch aus. — Trotz der geringen Arbeitsmöglichkeiten im Gewerbe mußten doch noch 29 Streikfäden vor den Schlichtungskommissionen und dem Arbeitsgericht vertreten werden. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betragen im 1. Vierteljahr 25 102,83 M. Unter den Ausgaben nimmt die Arbeitslosenunterstützung mit 20 147,75 M die erste Stelle ein. Den Einnahmen der Lokalkasse, die mit allem Kassenbestand 26 438,50 M betragen, stand eine Ausgabe von 6645,32 M gegenüber. Die Mitgliederbewegung blieb stabil. Der geringe Abgang konnte trotz der schlechten Konjunktur durch Neuaufnahmen und Lebertritte ausgeglichen werden. Bei der Kritik des Berichts möge man beachten, daß wir alle Mitglieder eines Bundes sind. Die Kritik muß sachlich sein. Eine Schreibweise, wie etwa in der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“, vom 8. Mai mit der Ueberschrift: „Wo der Reformismus herrscht, da blüht die Korruption“, müsse entschieden zurückgewiesen werden. Der ganze Aufsatz tröstet von Verteilungen und Anmaßungen. — Auf Antrag der Revisionen wurde dem Vorstand und Kassierer Entlastung erteilt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Schreibweise des genannten Kommunistenblattes (ber) verurteilt und Augenblicksweisen der Gewerkschaften zu klären. Für die Mitglieder unseres Bundes sind nur unsere Satzungen und die von den verantwortlichen Körperchaften des Bundes gefassten Beschlüsse maßgebend. Wer es als Mitglied unseres Bundes unternimmt, im Sinne der Richtlinien Lokalkassen mit den Anorganisierten gegen den Bund oder andere Gewerkschaften zu handeln, stellt sich automatisch selbst außerhalb der Reihen unserer Organisation. Zur engeren und reiflicher Zusammenfassung der Arbeiterchaft in den freien Gewerkschaften kann zum Ziele führen. Zum Schluß wurde noch Kollege Sattler zum zweiten Angefallenen der Baugewerkschaft gewählt.

**Koblenz.** Unsere Baugewerkschaft hielt am 28. April ihre Generalversammlung ab. Anwesend waren 6 Vorstandsmitglieder, 2 Revisionen und 86 Abgordnete. Der Bezirksvorstand war durch Kollegen Ahrens vertreten. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß fast die gesamte Mitgliederchaft im 1. Vierteljahr arbeitslos war, so daß im Durchschnitt nur ein Vollbeitrag umgelegt wurde. Erledigt wurden 45 Differenzen. Am Arbeitsgericht wurden 24 Klagen anhängig gemacht. Am Spruchauschuss des Arbeitsamtes wurden 21 Fälle vertreten. Es wurden 4 neue Zahlstellen gegründet. Die Mitgliederzahl liegt trotz der Arbeitslosigkeit von 2003 auf 2771, also um 108. Die Lohnbewegungen brachten der Wämsindustrie 4 3 Lohnverbesserung, im Baugewerbe 5 3 für Maurer und 4 3





# Für Heim und Familie



## Man muß sich zu helfen wissen...

Von Arthur Schiefner.

Jedes Ding hat Seiten, sonnige und schattige. Es ist nicht gerade gut, im Schatten zu stehen. Denn das bedeutet dann soviel wie abseits stehen. Und das ist nicht jedermanns Sache.

Wenn wir auch das Wettermachen noch nicht erfinden haben, so kommen wir uns doch fortgeschritten vor, weil wir durch das Beobachten der Luftströmungen und durch sein konstruierte Apparate ein Stückchen nächster Wetterzustand erhalten können. Jedenfalls ist damit der Beweis geliefert, daß wir Menschen Geschicke zu meistern befähigt sind. Und diese Feststellung bewegt mich zu berichten, wie auch ich im Schatten stehen sollte und das nicht wollte.

Als ich noch ein Junge war, dem es an keinem Sonntag in seinem Steinbaukasten gesiel, da schnallte ich mein Hägel und schwang mich auf mein Stahlrohr. Hin- und her ging es aus der Großstadt. Lebensfreude gibt Kraft. In kurzer Zeit war ich umgeben von Wald und Feld. Und Berge verdrängten die rüstige Häusermeer.

Doch es heißt: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei. Also dauerte es nicht lange und wir waren unser zwei. Ein „er“ und eine „sie“. Da nun nach Adam diese eins und eins drei ist — das glaubt mir niemand? Bitte, die Praxis ist der beste Zeugnissen! — so krabbelte bald ein kleines Schindchen um die zwei herum.

Das ist der Schatten. Das wäre so eine Sache: Des Sonntags brav und bleib, sein geschneigelt und gebügelt neben dem Kinderwagen dabei zu frohen und zu träumen von der goldenen Freiheit. Schließlich bin ich doch kein Nashorn oder Löwe, die hinter eisernen Gittern gefangen gehalten werden. Aber eine unsichtbare Schranke gibt es, Geld heißt sie. Der Mangel daran hält viele meinesgleichen gefangen. Und dann noch eins: Der Gang zum Leberlieferanten.

Aber trotzdem, die Welt steht offen, man muß nur wollen! Vieles ist dann noch möglich. Der Sonntag ist lang und ein Kinderwagen ist kein Auto. Dresden ist zwar schön, aber wer darinnen wohnt, der will am liebstenen Tage etwas anderes um sich haben als Säuer. Drum auf's Rad und in die Berge. Aber nun ging das nicht mehr. „Sie“ kam und protestierte. Das Schindchen, bald zwei Jahre alt, könne nicht allein zurückbleiben. Des Rätsels Lösung ward offenbar. Ein Wanderer hat einen Rucksack. Meiner sagt dreiviertel Zentner Brotkorns. Und in der Konsumverteilungsfelle gibt es leere Margarinepackungen für zehn Pfennige das Stück. Drum auf nach Kanopia und so ein Ding erstanden! Eine Stunde später wurde es ausprobiert. Die Riste war passend zugeordnet und eine Wade diente als Polster. Dann kam der feierliche Moment und der Sohn bestieg sein Rucksackabteil. Alles klappte.

Sonntagmorgens geht es hinaus. Das Fahrrad bringt uns schnell zum Ziel. Voraus fährt ich. Im Rucksack, in bequemer Lage und gegen Wind von vorn geschützt, sitzt unser Sprößling. Die Nacht hat bildet „sie“, die Mutter. Am Horizont winken die Berge der Schiffschen Schweiz. Für Unterhaltung sorgen die Fußgänger, die wir nacheinander überholen. An Kritik der verschiedensten Art fehlt es nicht. Die Ansichten und Temperamente der einzelnen werden kund. Kopfschütteln, Zurufe, Lachen geben uns zu erkennen, daß die Menschen noch sehr verschiedener Meinung sind. Ich aber fühle, daß ich befreit bin aus dem Bannkreise der Speicher...

Mein Schindchen sieht sich lustig um, kräht und strampelt. Oder er liegt in mulligen Schlummer versunken, während der in abendlichem Dämmer liegenden Stadt zuhört.

Nun wird manchem der Rücken schmerzen, wenn er an die Geschicke denkt, denn mit der Zeit wird jeder Rucksack schwer. Aber so ist es nicht. Schon nach 2 bis 3 Stunden sind wir am gemühten Ziel. Für die Räder ist bald billige Gelegenheit zum Unterstellen gefunden. Jemandem im Wald wird ein gemühtes Lager aufgezeigt. Dann dauert es nicht lange und jeder folgt seiner Richtung. Mich locken die Fellen. Bald verwinde ich zwischen Ähnen und steige darin umher. Und die Frau ruht am liebsten unter Bäumen. Sie achtet auch auf den Sprößling, der bemüht ist, nach seiner Art Alfortia zu treiben.

So verbringen wir viele Sonntage im Walde oder am Wasser. Und wenn wir auch nicht das Pulver erfinden haben, so finden wir uns doch aus unsern drei Bergen heraus. Proletariats Wochenfeier!

## Der Maschinenmensch.

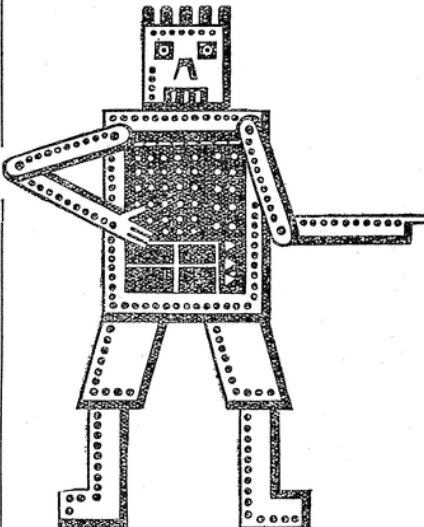
Erich Robot und seine Brüder.

Kürzlich meldete eine Washingtoner Zeitung, daß nächsten ein Maschinenmensch die Verkehrszentrale an der äußerst belebten Straße zwischen der Lexington und der Siebenken Avenue in New York übernehmen werde. Bis zum Ende des laufenden Jahres, hieß es in dem Briefe weiter, hoffe man 242 Meilen Straßen und 2061 Kreuzungspunkte der Obhut von Maschinenmenschchen unterstellt zu haben. Durch den ersten Maschinenmenschchen würden schon 16 Verkehrspolizisten für andere Arbeit frei.

Dieser mechanisierte Verkehrspolizist ist keineswegs einzig in seiner Art. Er ist nur einer von der schon ziemlich zahlreichen Familie Robot, und vielleicht nicht einmal

der geschickteste. Der leistungsfähigste ist in England zur Welt gekommen. Er kam wie wir The Advance, dem Waffe des amerikanischen Beschäftigtenverbandes entnehmen, vor ein paar Monaten in den Vereinigten Staaten an. Er führte sich bei dem Publikum mit den Worten ein: „Meine Damen und Herren! Ich bin Erich Robot, der Mann ohne Seele.“ Dann sprach er von den hohen Gebäuden in New York, von der vollgepfropften Untergrundbahn, dem Alkoholverbot und der Kameradschaftsbeise, kurz von solchen Dingen, die die Leute lachen machen.

Da die Zuhörer glaubten, der aus England gekommene Mister Robot treibe seinen Schabernack mit ihnen, untersuchten sie ihn sorgfältig, stellten ihm etliche Fragen,



guckten in sein Inneres, um sich zu vergewissern, ob dort nicht ein Mensch stecke. Denn seine Reden wie sein Benehmen waren, obgleich nicht so ganz wie die eines wirklichen Menschen, doch unheimlich menschlich für einen Mechanismus, der aus Aluminium, Kupfer, Stahl, Drähten und einem Elektromotor besteht. Zweifelsohne ist dieser Engländer, der wie ein mittelalterlicher Ritter in einen Panzer gekleidet ist, eines der am weitesten fortgeschrittenen Geschöpfe unserer Zeit.

Allerdings lassen auch seine schon länger in den Vereinigten Staaten angestellten Brüder, ganz Erfahrungs. Drei davon, *Eleonor* benannt, sind an den Wasserreservoir der Stadt Washington angestellt. Sie besichtigen ihrem Chef, der in sie hineintelephoniert, die genaue Lage des Wassers. Ein anderer der Gebrüder Robot, der den Beinamen das „große Bronzehirn“ trägt, sagt in Washington von jedem Teil der Welt Ebbe und Flut voraus. Auf Grund dieser Berichte fahren Schiffe ein und aus, die mit Millionenwerten und Menschen beladen sind. Aber das Risiko, das auf Grund der Berichte dieses mechanischen Hirns eingegangen wird, ist unendlich geringer als das von damals, als die Vorauslage von Ebbe und Flut durch Menschen gemacht wurde. Was das „große Bronzehirn“ in vollkommener Weise leistet, würde ein volles Hundert ununterbrochen tätiger menschlicher Hirne verlangen.

Das Technische Institut des Staates Massachusetts hat ebenfalls ein menschliches Hirn geschaffen, das mathematische Größen ordnet. Dieses Hirn vermag in einigen Minuten ein verwickeltes Problem zu lösen, worüber ein hochgeschulter Ingenieur etliche Monate zu brüten hätte.

Den Robots steht in der nächsten Zeit eine außerordentliche Verbreitung bevor. Ein Unternehmen, die Automatic Merchandising Corporation, läßt sich ihre Herstellung sehr angelegen sein. Mit diesem Unternehmen hat die Firma Schulze, die viele Verkaufsstellen besitzt, die Lieferung von 50 000 Maschinenmenschchen abgeschlossen, die in den Läden der Firma Waren ausgeben sollen. Und die große Drogenfirma Ligger hat 2500 Maschinenmenschchen bestellt, denen der Verkauf von Zigarren und Zigaretten obliegen wird. Mit den Maschinenmenschchen tauchen in Zweck und Art gleichwertige Mechanismen auf, wie beispielsweise die Fernsehmachine, die Sehmachine und Drucken gleichzeitig in Bewegung setzen kann, obgleich sie in hundert verschiedenen Städten stehen.

Die Mehrzahl dieser kunstvollen Mechanismen werden kaum mehr als schauspielrische Erfindungen sein. Allein ihre Verwirklichung und Vermehrung ist bestimmt zu erwarten. Ein Teil von ihnen wird eher neue Arbeitsgebiete eröffnen als alte schließen. Oder es werden — wie mit der mächtigen Fernrohrlinse, die die Beobachtung des Mars ermöglicht, und mit dem neuen Thermocouple, der die Wärme dieses Planeten bucht — neue Welten in die Reichweite des Menschen gerückt. Ein anderer Teil dieser Erfindungen wird freilich Arbeitslosigkeit und Elend im Gefolge haben.

Die ununterbrochen vor sich gehende Verwirklichung der Maschinenwelt läuft auf Arbeitserparnis hinaus. Dadurch

wird die Industrie von einer großen Zahl Arbeiter befreit. Eine verbesserte Tuchschneidemaschine kann die Hälfte der Schneider mit einem Male außer Arbeit bringen. Der automatische Telefonapparat macht eine Unmenge von Telefonistinnen überflüssig. Eine kürzlich in Verwendung gekommene Schiffslandemaschine nimmt 300 Leuten die Beschäftigung. Schrauben, die vor ein paar Jahren mit der Hand hergestellt wurden, werden jetzt von einem Automaten, und zwar 1000 Stück in derselben Zeit hergestellt, wo früher ein einziges Stück fertig wurde. Die oben erwähnten mechanisierten Zigarettenverkäufer und Verkehrspolizisten machen unzählige Menschen arbeitslos. Und dies wird weitergehen. Die Maschine wird in noch viel stärkerem Maße als bisher den Menschen überflüssig. Noch mehr: sie wird noch viel mehr Menschen ersetzen. Sie hat sich allgemach zu einer unerlässlichen Einheit mit dem Menschen gemacht. Die Maschine wird in noch viel stärkerem Maße als bisher den Menschen überflüssig. Noch mehr: sie wird noch viel mehr Menschen ersetzen. Sie hat sich allgemach zu einer unerlässlichen Einheit mit dem Menschen gemacht. Die Maschine wird in noch viel stärkerem Maße als bisher den Menschen überflüssig. Noch mehr: sie wird noch viel mehr Menschen ersetzen. Sie hat sich allgemach zu einer unerlässlichen Einheit mit dem Menschen gemacht.

Durch die ständig weitergehende Verwirklichung der Mechanik werden freilich auch, wie schon gesagt, Unmengen von Arbeitern überflüssig gemacht. In den Industrieländern sind die Erwerbslosenzahlen zur Millionenhöhe angewachsen. Was wird nun aus den beschäftigungslosen Leuten?

Das Problem der Arbeitslosigkeit, das brennendste der Gegenwart, kann und muß gelöst werden. Die durch die technischen Verbesserungen verdrängten Männer und Frauen sind nicht gewillt, sich auf den Altselbstbauern werfen zu lassen. Die Handgriffe an der Maschine, wie manche Handfertigkeit werden durch die Maschine zwar vereinfacht, aber nicht dermaßen, daß sie ein Dioder oder eine mechanische Figur verrichten kann. Man wird für jede Art von Arbeit, die die Maschine dem Menschen abnimmt, eine andere dadurch geschaffen, daß neue Maschinen notwendig werden, die ausgearbeitet und bedient werden müssen. Das wird besser geschulte Leute bedingen. Wenn wir irgend etwas erstreben und ermarken dürfen, dann nicht eine mechanisierte Zivilisation, die von Robotis und robotisierten Menschen getragen wird, sondern eine Zivilisation, wo die Maschine der Arbeiter ist, die Menschen aber die Ingenieure, die Vollbringer sein werden. Nicht nur das. Robotis und Maschinen können wohl mehr Waren erzeugen, aber sie können sie nicht verkaufen und verdienen. Dazu sind die Menschen, eine kaufkräftige, also nicht erwerbslose Masse, unerlässlich. Kurz, die Wirtschaftslösung ist bei einem zahllosen Arbeitslosenheer undenkbar.

Die Menschen haben sich unterschiedlich gegen die Verdrängung durch die Maschine gewehrt. Die Art ihres Wehrens wurde bestimmt von ihrer Organisation oder ihrem Mangel einer Organisation, als auch von der Größe der Furcht oder von der Schwärze ihrer Einsicht. Die Arbeiter des 19. Jahrhunderts, die sich von dem mechanischen Werkstoff bedroht fühlten, traten in den Streik, schloßen sich nachts in die Fabriken, um die Maschinen zu zerstören. Schließlich aber schickten sie ihre Kinder an die verlassenen Werkbänke, damit sie ein paar Groschen verdienen. Heute sind die organisierten Arbeiter imstande, die Arbeitsbedingungen zu regeln und zu mildern. Freilich noch nicht im genügenden Maße. Dies, weil die Maschine, nein, ihr Wesen noch mächtiger ist als der Arbeiter. Mächtiger deshalb, weil der Arbeiter seine Macht noch nicht genügend erkannt hat oder nicht ausreichend zu nutzen versteht: weil er noch nicht genügend organisiert und geschult ist!

J. K.

## Notizmal „Der Wiberpennigen Zähmung“.

Von Caspar bis Casper.

So, so, Freund Casper! Dir hat's nicht befallen, daß einer ungeschicklich die Wahrheit hat gesagt, dem einft das Ehrgefühl nicht ganz war abgestorben... Die Jugend, meinst du, wird damit verborben?

Gewiß, wenn einer Burche oder Stiefelputzer war bei solch achselstüchgeschmücktem Stücker, wenn knechtisch-unterwürdig sein war höchstes Ziel: Der fühlte sich dreckselig wohl bei dem Soldatenpiel!

Wir andern? Ach wie schön war es an heißen Tagen, wenn ausgepumpt wir aus den Reihen brachen, wenn manchen warf der Stißschlag auf die Wahr', der armer Eltern ganze Hoffnung war!

Welch' Hochgefühl: Straußm sein' vor einem Tier, bei dem es noch gelangt zum Unteroffizier! Schön der Befehl: Hinlegen! Zu dem Zweck, die Pflügen aufzustützen und den Hundebred!

Und wenn gehetzt, mißhandelt und geschliffen, manch' einer auf solch' elend Leben hat gepiffen, das Dienstgewehr (bestimmt nur, ihn zu schinden) benutzte, um als Ziel den elg'nen Kopf zu finden...

Ja, das war schön! — —

Und um mit Stolz zu denken jener Zeiten, da man ein Spielball jedes speidigen Geistes und ehr- und wehrlos als Soldat stand unserm Schwein — Da muß man Casper heißen oder — Casper sein!

Mag Volkmann.

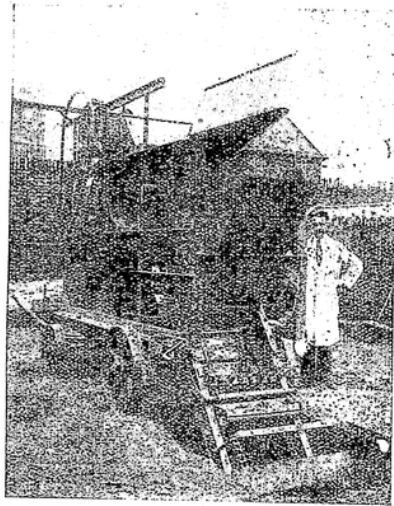
AUS DEM FACH FÜR DAS FACH

Ein neuartiger Gegenstrom-Betonmischer mit automatischer Zementzuführung.

Der Gedanke der Verbilligung der Betonmischung verdient mehr als bisher die Aufmerksamkeit der Interessenten, da sie ein hervorragendes Mittel der Rationalisierung ist. Der Grundgedanke der Verbilligung ist die Mechanisierung, der maschinelle Betrieb. Es kommt aber sehr darauf an, wie und nach welcher Methode gearbeitet wird.

Um alle Unzulänglichkeiten auszuscheiden, die bei Verahme der Mischung durch Arbeiter bisher nicht zu vermeiden waren, hat man neuerdings einen nach dem Gegenstromverfahren arbeitenden Betonmischer mit automatischer Zementzuführung konstruiert.

Im wesentlichen aus dem Elevatoraufzug, der Wechselfreisvorrichtung, dem Silo mit verstellbarer Zementzuführung, ferner aus zwei übereinanderliegenden Misch-



Die erste Gegenstrom-Betonmischmaschine mit automatischer Zementzuführung.

schalen sowie dem Wasserbehälter mit regulierbarem Stabrohr. Im Silo ist eine verstellbare Trennwand für gleichzeitige Zement- und Kalkmischung oder als feine Zementmischung vorhanden. Die obere der mit Gegenstromreden und Schaufelwellen arbeitenden Mischschalen dient zur Trockenmischung, die untere zur Feucht- und Fertig-

Das Mischen geschieht mit Ausnahme der Materialzufuhr ohne jede Bedienung etwa folgendermaßen: Nachdem das Silo mit Zement oder Kalk und Zement gefüllt ist, stellt man die Wechselflappe unten am Silo auf das gewünschte Mischungsverhältnis ein.

Aus der Sozialgesetzgebung

Witterungseinflüsse als Betriebsunfälle. Ein nach der reichsgesetzlichen Unfallversicherung einschuldigungsspflichtiger Betriebsunfall liegt neben den sonstigen Voraussetzungen nur dann vor, wenn es sich um eine plötzliche oder wenigstens zeitlich bestimmbar Schädigung des Körpers handelt, die im Zusammenhang mit d. Arbeit in dem versicherungspflichtigen Betriebe steht.

tismus usw.) nicht mit aufgeführt sind. Eine Ausnahme hiervon machen lediglich Fleckfieber und Tropenkrankheiten, die ja zum großen Teil auch durch Einflüsse des Klimas verursacht werden. Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind diese beiden Krankheitsarten jedoch nur dann einschuldigungs-

den Körper handelt, so ist doch immerhin die zeitliche Ausdehnung des Einflusses der schädlichen Momente keine solche, daß nicht mehr von einem Unfall gesprochen werden könnte. Die durch Blühschlag verursachten Schädigungen oder gar Todesfälle sind nach den bisher ergangenen Entscheidungen stets als Betriebsunfälle anzusehen, da sie wie selten andere Ereignisse das typische Merkmal eines plötzlichen und unvorhergesehenen Ereignisses tragen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 13. Mai 1929.

Table with columns for 'Kreisverband', 'Insgesamt', 'Verdient', 'Bleibend', and various professional categories like 'Baumeister', 'Architekten', etc. It provides detailed statistics on unemployment across different regions and professions.



sch die Zwangsinnung Dortmund in ihrem Bereiche zum fast unbeschränkten Diktator über den Bauplatz. Die Weisung hat es bei jeder Submission in der Hand, die sich um eine Arbeit bewerbenden Unternehmer zu einem Preisring in der allgemeinen bekannten Form zwecks Auspländerei der Auftragsgeber zusammenzuführen. Darauf sei nochmals ausdrücklich aufmerksam gemacht. — Inwiefern sich dieses Verfahren gegen unsere Bauhütten wenden kann, wäre noch abzuwarten. Jedenfalls schwingt bei den Bauunternehmern bei solchen Abmachungen auch im Unterbewußtsein mit, wenn irgend möglich die Bauhütten bei solchen Wettbewerben auszuscheiden. Die preisregulierende Tätigkeit unserer sozialen Bauhütten wird damit derartiger Organisationen gegenüber noch wichtiger, als sie es bisher schon war. Und für die Auftragsgeber im Bauwesen entsteht die ernste Aufgabe, sich solcher drohenden Verhältnisse bemüht zu werden und unsere Bauhütten noch mehr als bisher zur Abgabe von Angeboten mit heranzuziehen.

Zum Schluß sei noch auf eines hingewiesen. Der in Dortmund ausgeübte Plan enthält in seiner Auswirkung eine wesentliche Verteuerung des Bauens. Aber bei solchen Maßnahmen interessiert die Bauunternehmer eine solche Verteuerung nicht im geringsten. Es betrifft sie auch nicht, wenn die Baukosten und Grundstückspreise immer mehr in die Höhe geschraubt werden. Diese Herrschaften streben nur auf den Arbeitslohn der am Bau Beschäftigten. Kommen die Bauarbeiter mit der Forderung auf einige Pfennige Lohnerhöhung, dann schreibt alles Zeter und Morbido, das halte die Bauwirtschaft nicht aus, sie müsse unter solchen Umständen einpacken. Alle von den Unternehmern geplanten Maßnahmen jedoch werden, auch wenn eine Verteuerung des Bauens damit verbunden ist, dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt. Alles, was sich mit dem verstärkten Profitstreben der Bauunternehmer vereinbart, erregt bei den Bauunternehmern keinerlei Bedenken. Hier in diesem Falle wird das Bauwesen, falls es auch nur bei den Anfangsmaßnahmen bleibt, um rund vier und mehr Prozent verteuert. Aber bis in die Puppen ginge es mit der Verteuerung des Bauens, wenn es zu Preisringen käme! Jedenfalls sollte von den zuständigen Behörden das Verfahren der Dortmundener Innung unter die Lupe genommen und genau untersucht werden, ob ein solches Verfahren überhaupt rechtlich haltbar ist. Wir haben unsere Meinung dazu geäußert. Auch die Behörden dürften bei Untersuchung der Rechtsslage zu keinem andern Ergebnis kommen!

### Das Keilstreifen der Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung.

Die ganze privatrechtliche Preskennung steht im Kampfe gegen die Arbeitslosenversicherung. Tapfer wird drauf los geschrieben nach dem bekannten Motto: „Verteuerung kauft drauf los, etwas bleibt hängen!“ Bei dieser Preiskampagne müssen auch allerhand Zeitgenossen als Kronzeugen aufmarschieren. So meldet sich in der Unternehmerrunde ein Beamter eines Arbeitsamtes zum Wort. Er hat ausdrücklich hervor, er habe den christlichen Gewerkschaften nahe. Einzelnd entschuldigend sich der Mann, weshalb er nicht mit offenem Wider in die Arena trete. Daran sei die „Sorge um die eigene Stellung“ schuld. Die Beamten und Angestellten eines Arbeitsamtes seien abhängig von Rücksichten auf die Selbstverwaltungsgemeinde, in denen die Interessen der Ausschlag gäben. Würde er seinen Namen nennen, so hätte er mit dem „mächtigen Haß der sozialdemokratischen Gewerkschaften und vielleicht mit einer baldigen eigenen Erwerbslosigkeit“ zu rechnen. Aber wenn die „Verbrechungskünste einiger Kugelhüter“ des geltenden Systems ein allzu süßes Maß annehmen, dann müsse auch einmal warnend die Stimme erhoben werden. Die Stellungnahme des WOB, gegen die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung sei ein Meisterstück der Verbrechungskunst. Naiv frage die „Gewerkschaftsleitung“, wo denn die Mißstände seien. Dem Blatte müßte doch auch bekannt sein, daß vor einiger Zeit eine Bepredung mit maßgebenden und zuverlässigen Vorständen verschiedener Arbeitsämter vor sich gegangen sei, in der „eine Fülle von Material zur Beurteilung der Mißstände vorgebracht“ worden sei. „Glaubt man wirklich — so fragt dieser Anonymus — über diese Feststellungen zur Tagesordnung übergehen zu können? Warum veröffentlicht man nicht diese Berichte? Warum veröffentlicht man nicht diese Berichte? Die der Allgemeinheit ein wirklich objektives Bild geben?“ Die Frage ist reichlich einseitig. In den Gewerkschaften lag es wahrhaftig nicht, wenn der Bericht der Kontrollkommission nicht veröffentlicht wurde. Aber vielleicht fragt unser Anonymus einmal bei den Unterebenen an! Die könnten ihm ganz genau sagen, warum das Material nicht veröffentlicht wurde. Jedenfalls war es den Unternehmern zu dürrig, um eine Veröffentlichung zu loben. Im übrigen fällt diesem Anonymus gar nicht ein, klare Tatsachen über die Mißbräuche in der Arbeitslosenversicherung mitzuteilen. Um die rede er herum. Jedenfalls aus Angst vor den bösen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die haben zwar nichts zu befahlen in der Selbstverwaltung, sie haben auch nicht die Mehrheit im eigentlichen Verwaltungsausschuss, aber trotzdem verschlingen sie jeden mit Haut und Haaren, und es wagt, mit der Wahrheit heranzutreten. Wir finden diesen Anonymus reichlich seltsam. Er als Beamter könnte doch ruhig aus dem Busch hervorbrechen.

Was erzählt nun der Mann noch weiter? Er sagt, die „sozialistische Bureaukratie“ sei der eigentliche Stiefvater der Selbstverwaltung. Die übrigen Gewerkschaftlichen seien nach Möglichkeit auszuscheiden. Man fürchte sich, auch die übrigen Arbeitergruppen könnten ihre schlimmen Erfahrungen verwerthen und ihre berechtigten Ansprüche auf einen verstärkten Minnerbeitsschutz geltend machen. Die Zukunft müßte zeigen, daß es in Deutschland auch noch andere Arbeitergruppen gebe, die bei der Gestaltung der Arbeitslosenversicherung mitzureden haben. So sei noch immer die Frage offen, ob die großen Berufsverbände der

Angestellten das Recht haben sollen, den Schutz gegen die Arbeitslosigkeit in ihren besonderen Erwerbsgruppen aus eigener Kraft zu übernehmen. — Hier haben wir die Figur eines Beamten der Reichsanstalt, der selbst für die Zerstückelung der Reichsanstalt eintritt. Doch was sollen wir weiter polemisieren. Wir wollen diesem Anonymus, der hervorhebt, den christlichen Gewerkschaften nahezuweisen, nur ins Gedächtnis schreiben, was der christliche „Deutsche“ am 8. Mai in der Frage der Lohnerhöhung gegen die Arbeitslosenversicherung geschrieben hat. Er sagte damals, „daß die systematische vorläufige Hege gegen die Arbeitslosenversicherung auch Leute irreführt, die sich eigentlich ihren offenen Blick und ihr festes Urteil nicht trüben lassen dürfen. Gegen kein Gesetz ist mehr gehet und gegen keines ist mehr geschwindelt worden als gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz... trotzdem kein Gesetz notwendiger war als dieses, und keines hat in einer so kurzen Zeit so segensreich gewirkt.“

Reuendings hat sich nun auch ein Arbeitsamtsvorstand als Gegner der Arbeitslosenversicherung zum Wort gemeldet. Der Vorliegende des Arbeitsamtes Stolp veröffentlichte in der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ einen Aufsatz, bei der Unternehmerrunde so gut gefällig, daß er von ihr mit Begehrte nachgedruckt wird. Auch dieser Arbeitsamtsvorstand spricht davon, daß die Weimarschicklichkeit des Arbeitslosenversicherungsgesetzes dem Mißbrauch der Unterfertigung Tür und Tor geöffnet habe. Es sei kein Ausnahmefall, wenn in den Ortsgruppen Mauerer die Erntearbeit abgelehnt hätten, weil sie sich bei der Unterfertigung gekümmert hätten, was sie auch bei der Arbeit. Der arbeitswillige Teil der Arbeitslosen habe schon jetzt im Arbeitsamt erklärt, es im nächsten Jahr auch so machen zu wollen. Kleine Bauunternehmer auf dem Lande meldeben heute vielfach ihr Gewerbe ab und auf den Namen ihrer Frau an, die sie dann als Arbeiter beschäftigt, während sie in Wirklichkeit Leiter des Geschäftes seien. Söhne und Töchter der wohlhabendsten Kreise einer Stadt bezögen Arbeitslosenunterstützung. Die kleinen Bauern suchten ihre Söhne gleichfalls in den Dienst der Untertreibung zu bringen. Die Bauernsöhne quackierten sich bei den Nachbarn ein, um darzutun, daß sie nicht mehr in des Vaters Wirtschaft wohnen.

Der Vorstand der Reichsanstalt wird die Behauptung des Stolper Arbeitsamtsvorstandes sofort und schärfstens nachprüfen müssen; denn wenn der Mann nicht gelogen hat, so liegen hier die Irrtümer nicht in der Arbeitslosenversicherung, sondern auf der Seite des Arbeitsamtsleiters. Allem Anschein nach hatte er weder die Fähigkeit noch die Kraft, das Gesetz richtig anzuwenden. So spricht der Mann lang und breit über Scheinarbeitsverträge, obwohl im Erlaß des Reichsanstalts ausdrücklich betont wird, daß Scheinarbeitsverhältnisse niemals eine Anwartschaftszeit erfüllen. Irrtümlich bewilligte Unterfertigung ist sofort zu entziehen und der gezahlte Betrag zurückzufordern, wenn nachträglich so etwas festgestellt wird. Ein tüchtiger Arbeitsamtsvorstand hätte also schon längst die Möglichkeit zum Zupacken. Jedenfalls hat der Mann in seinem Amte — wenn keine Behauptungen zutreffen — sträflich gesündigt. Er wäre ohne weiteres reich zur Abholung.

Für ein weiteres Beispiel der Arbeitsgeberverbände für das Baugewerbe, Dr. Grundmann, in dieser Frage zu sagen weiß. Im „Baugewerbe“ Nr. 21 befindet sich ein von ihm verfaßter Aufsatz: „Zur Fragestellung der Arbeitslosenversicherung.“ Er erwähnt dabei auch die von unserm Baugewerbestand an die Reichsregierung gerichtete Gegenentschuldung über Arbeitslosenunterstützung bei berufstätiger Arbeitslosigkeit. Dies zeige, wie zäh die Bauarbeitergewerkschaften den durch das Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hinsichtlich ihrer Gesamt-lebenshaltung gemachten Boden zu verteidigen gemitt sind. Die Denkschrift selbst kommt natürlich bei Herrn Dr. Grundmann nicht gut weg, sie enthalte „Angriffspunkte“ und „kranke“ grundsätzliche vor allem daran, daß zur Kennzeichnung der angeblich nicht zutreffenden starken Beziehungen zwischen Temperaturschwankungen und Arbeitslosigkeit im Baugewerbe Messungen der Hamburger Seewarte mit dem Reichsdurchschnitt der Arbeitslosigkeit im deutschen Baugewerbe in Vergleich gesetzt werden. Auch kranke die Denkschrift daran, daß darin die Nachkriegs- und Inflationsjahre mit ihren gänzlich außer aller Regel liegenden Wirtschaftsverhältnissen in Rechnung gezogen sind. Aber unsere Denkschrift genau entziffert, der wird finden, daß sie genau beweist, was sie beweisen soll, nämlich, daß die Begründung für die Sonderbehandlung der Bauarbeiter, „daran krank“, daß sie lediglich auf die unnormalen Wirtschaftsverhältnisse der Jahre 1923 bis 1928 aufgebaut ist. Dr. Grundmann will nun die „gänzlich außer aller Regel liegenden Wirtschaftsverhältnisse“ der Jahre 1919 bis 1924 aus der Bemesslung auslassen; aber doch wohl nur deshalb, weil sie un bequem sind. Denn sie beweisen glänzend, daß bei guter Bauqualität (worauf sie beruht, ist in diesem Zusammenhang wirklich ohne Bedeutung) auch in den Wintermonaten weitgehend gearbeitet werden kann. Es muß deshalb dabei bleiben, Herr Dr. Grundmann: Die Arbeitslosigkeit nicht von 40 bis 70 %, wie wir sie in den Wintermonaten seit 1923 regelmäßig hatten, sind trotz ihrer Regelmäßigkeit nicht berufstätig, sondern sie sind durch die schlechte Konjunktur verurteilt.

Weiter wollen wir über die Denkschrift an dieser Stelle mit Dr. Grundmann nicht rechten. Viel mehr interessiert uns seine Stellung zu der Frage der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung für Saisonarbeiter. Er erzählt hier, diese Geschichte habe einen Anstuschof. Auf der einen Seite müßte man den gerechten Sinn der Forderung der deutschen Arbeitgeberverbände anerkennen, die Bauarbeiter während der Dauer der Saisonarbeitslosigkeit von der Unterfertigung auszuschließen, unterdies man jedoch diese Forderung vorbehaltlos, so müßten die Bauunternehmer die Verantwortung für die Herausforderung einer empfindlichen Lohnbewegung nach Streichung der winterlichen Arbeitslosenunterfertigung übernehmen. Dabei ständen Gesamtbelange der deutschen Wirtschaft und Eigenbelange der Bauunternehmer auf dem Spiele. Das Bauwesen und die Mieten würden dann noch mehr verteuert und eine Lohnwelle im Baugewerbe würde ähnliche Forderungen in andern Gewerbebereichen nach sich ziehen. Aus diesen Gründen müßte das Bauunternehmertum den Vor-

behalt machen, daß ihm Sicherungen geboten werden in dem Falle, wenn die Bauarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden; dies dürfe auf keinen Fall zum Anlaß einer ausgleichenden Lohnbewegung genommen werden. Ueber die Art solcher Sicherungen wäre noch Überlegung nötig. Mindestens müßte die vorherige öffentliche Anerkennung der Reichsregierung vorliegen, daß die Streichung der winterlichen Arbeitslosenunterfertigung keine ungerechtfertigte Minderung der Lebenshaltung der Bauarbeiter sei, sondern lediglich ihre Rückforderung auf das ihrer Saisonentlohnung entsprechende Maß bedeute, um von vornherein den bei den nächsten Lohnverhandlungen im Frühjahr 1930 zu erwartenden Begründungen neuer Lohnforderungen die Spitze abzubrechen. Und dann kommt Dr. Grundmann auf das bei allen Bauunternehmern beliebte Steckenpferd, auf die gesetzliche Zulassung einer verlängerten Sommerarbeitszeit im Baugewerbe. Dies müßte im demnächst zu erwartenden Arbeitschutzgesetz festgelegt werden.

Somit Dr. Grundmann. Wir haben zur Zeit, also ausgangs Mai, immer noch rund 15% arbeitslose Bauarbeiter. Trotz alledem verlangt man nach wie vor frische, um frei eine Verlängerung der Sommerarbeitszeit. Das hätte höchstens den Erfolg, daß die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter im Winter noch mehr ausgedehnt würde als bisher. Unser Standpunkt gegenüber den Ausführungen Dr. Grundmanns ist bekannt. Die Bauarbeiterorganisationen halten fest am Achtstundentag aus schon genügend und oft erörterten Gründen. Sie halten auch fest daran, keine Ausnahmestellung in der Arbeitslosenversicherung einnehmen zu wollen. Sie werden mit allen Mitteln dagegen kämpfen. Räte es aber wirklich dazu, was die Unternehmerverbände wollen, und was Dr. Grundmann bedingt unterfrecht, so werden die baugewerblichen Arbeiterverbände ganz selbstverständlich bei der nächsten Gelegenheit Entschädigung in Gestalt von weiteren Lohn-erhöhungen für sich in Anspruch nehmen. Da werden dann auch die von Herrn Dr. Grundmann gewünschten „Sicherungen“ nichts helfen. Die Bauarbeiter werden sich dann ihr Recht erkämpfen kraft ihrer gewerkschaftlichen Organisationen. Daran änderte auch nicht eine Anerkennung der Reichsregierung oder eine Streikrückversicherung des gesamten deutschen Unternehmertums. Im übrigen ist unser Standpunkt auch in der Frage der Arbeitslosenversicherung schon früher klar und deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Daran halten wir fest trotz aller tiefgründigen Ausführungen unternehmerlicher Sozialtheoretiker und trotz aller Verleumdungen über Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeiter in der Unternehmerrunde!

### Steigender Goldwert der Arbeitsstunden.

Die komplizierte Wirtschaft in Deutschland ermangelt immer noch einer eingehenden Durchleuchtung. Das wichtigste Mittel dazu ist die auf genaue Ermittlungen beruhende Statistik. In andern Ländern, beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist sie bereits in viel weitgehenderem Maße möglich gemacht. Der Enquete-ausschuß arbeitet nun bereits drei Jahre. Es sind sehr wertvolle Veröffentlichungen daraus erwachsen. Andere sollen noch folgen. Hoffen wir, daß sie nicht allzu lange auf sich warten lassen. Im „Berliner Tageblatt“ vom 19. Mai veröffentlicht der bekannte Professor Dr. Zuckersdorf einige Kernzahlen der Wirtschaftlichkeit. Am den Goldwert der Produktion je Industrie zu berechnen, hat sich auf den Methoden Dr. Waller Rathenau aufgebaut, der ihn in der Weise berechnete, indem er feststellte, wieviel an Verkaufswert in ihm produziert wurde. „Jog man vom Brutto-Produktionswert das an Roh- und Hilfsstoffen von außerhalb des Betriebes kommende ab, so erhielt man den Netto-Produktionswert des Unternehmens. Diesen dividierte Rathenau durch die Zahl der Arbeitsstunden, die im Jahre in diesem Betriebe etwa geleistet wurden. So entstand der Begriff Goldwert der Arbeitsstunden. Er enthält also außer Arbeitslohn, auf die Arbeitsstunden aufgeteilt, alle Betriebskosten einschließlich Abschreibungen, Zinsen usw., dazu den Reingewinn.“ Die nach den Methoden von Rathenau durchgeführte Rechnung ergibt folgendes:

Wirtschaftsgruppe	Goldwert der Arbeitsstunden in Pfennigen 1918	Goldwert der Arbeitsstunden in Pfennigen 1928
Bergbau	89	152
Metallerzeugung und Weiterverarbeitung einschließlich Elektrotechnik, Optik	76	118
Baugewerbe und Industrie der Steine und Erden	67	109
Holz, Leder, Papier, Druck, Kaufschußindustrie	56	110
Textil- und Bekleidungsindustrie	62	89
Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsgewinnung	93	145

Der Goldwert der Arbeitsstunden ist nach diesen Berechnungen sehr wesentlich gestiegen; bei den meisten Industriezweigen um mehr als 50 %. Im einzelnen stieg der Goldwert der Arbeitsstunden in Bergbau um 82 %, in der Metallerzeugung und der Weiterverarbeitung um 51 %, im Holzgewerbe und den Nebenindustrien um 83 %, in der Textil- und Bekleidungsindustrie um 45 %, bei der Nahrungs- und Genussmittelindustrie um 56 %. Das sind Setzungen, die sich sehen lassen können. In den obigen Berechnungen zeigen sich die Auswirkungen der Rationalisierung. Man halte fest, daß es sich bei obigen Ziffern um wirkliche Goldwerte handelt, also Geldentwertungen usw. darin nicht zum Ausdruck kommen. Ein Arbeiter schafft also heute wesentlich mehr an Werten als in der Zeit vor dem Kriege. Dies müßte in einer entsprechenden Verringerung der Lebenslagen zum Ausdruck kommen. Daß dies nicht der Fall ist, dürfte allgemein bekannt sein. Man muß die Bemühungen, zu exakten Berechnungen über den Goldwert der Arbeitsstunden zu kommen, sehr begrüßen und ihnen Erfolg wünschen. Nur dann ist eine Überbittung darüber möglich, wie die Ergiebigkeit der Arbeitskraft gewachsen ist.

freigewerkschaftlich organisierter Betriebsrat weiß auch hier zum Wohle der von ihm vertretenen Belegschaft zu wirken. Er wird nicht so wirken, wie die von gelben und unorganisierten Arbeitern gewählten faszin-angestrichenen „Betriebsräte“.

Wir sagten einleitend, daß der heutige Stand der Betriebsratgesetzgebung uns nicht befriedigt. Das kann er deshalb nicht, weil eben alles, was in dem großen Ringen zwischen Kapital und Arbeit sich als Erfolg ergibt, Kompromisse, mühsam durch Kampf und Verhandlungen abgerungene Zugeständnisse sind. Das kann uns aber nicht hindern, klaren Blickes das zu erkennen und es auszusprechen, was die Arbeiterschaft mit vollem Recht als Erfolg bucht. Wir haben eingangs das Grundlegende und Entscheidende dieses Erfolges zusammengefaßt in die Worte, daß der frühere Herr-im-Haue-Standpunkt der Unternehmer von der Gewerkschaft befreit worden ist. Diese unbefristete Tatsache kommt täglich zum Ausdruck. Selbst die Schwerindustrie mußte sich im vorigen Jahre schließlich doch dem Schicksal des „kleinen Metallarbeiters“ fügen! So wird, stets stärker werdend, Einfluß um Einfluß, eine Position nach der anderen immer mehr gestärkt werden, und zwar in genau dem gleichen Maße wie die Arbeiterschaft den Gewerkschaften Macht verleiht. Wenn heute noch allzuoft jenes Wort „untragbar“ zu hören ist, so wird es mit dem Eindringen der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft in die Wirtschaft immer weniger zu hören sein. Die Betriebsräte sind ein Bestandteil jener Kräfte, die die Wirtschaft mit gemeinnützigen Willenskräften durchsetzen will. Aber sie gehören unbedingt mit zu dem

Kreis jener Gemeinschaftsbestrebungen, deren Lösung die Wirtschaftsdemokratie ist. Die Wirtschaftsdemokratie kann und wird uns nie durch eine Verordnung beschert werden, sondern sie erfordert weit mehr als die politische Demokratie unausgesetzt anhaltende Kämpfe. Wirtschaftsdemokratie soll das erste Vollergebnis des Eindringens der Gesamtarbeiterschaft in die Wirtschaft sein. Sie erfordert Kampf gegen den Unternehmer um die restlose Vernichtung des Kernstückes privatkapitalistischer Wirtschaftsführung: die Produktion um des Profites willen. Dieser Kampf wird enden in der ersten Etappe mit dem Ausbau der jetzigen Anfänge des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter im Arbeitsverhältnis zu einer Mitbestimmung im Produktionsprozeß selbst, in der zweiten Etappe mit der Errichtung der Wirtschaftsdemokratie, und in der letzten mit der Errichtung der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Das ist ein Kampf, der nicht durch Rezepte irgendwelcher Volksbeglucker — und seien sie noch so schön rot angestrichen — schnell, loszulegen im Handumdrehen geführt und in nächsten Jahre beendet werden kann, sondern das ist ein Kampf, der auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus geführt werden muß. Das heißt, die Arbeiterschaft muß sich hineindrängen in das Gesellschaftsleben, in die Wirtschaft, in die Politik und die Dinge im sozialistischen Sinne beeinflussen. Die Arbeiterschaft muß die Entscheidung zum Sozialismus beschleunigen! Die heute in der Wirtschaft noch herrschende Klasse muß von den organisierten Arbeitern stets vernehmlich: Wir sind da! Jeder einzelne Unternehmer muß wissen, „wir sind da“.

### Verdacht keine Baustelle, kein Arbeitsplatz ohne Delegierte! Kein Betrieb ohne Betriebsabteilung!

## Interessantes zur Preispolitik der Bauunternehmer.

Ein uns zugegangenes Schriftstück zeigt, wie eifrig sich die Innungen und Unternehmerverbände für das Baugewerbe darum bemühen, eine Kontrolle über alle zur Vergabe kommenden Bauarbeiten ganzen Provinzen zu erlangen. Der seit Jahrzehnten ersehnte Einfluß auf die Gestaltung der Baupreise soll endlich greifbare Gestalt gewinnen. Dabei denkt man nicht etwa an offene Preisringe. J bewahre! Aber man möchte eine Organisation schaffen, die die Bildung von Preisringen bei Vergabe jeder einzelnen Arbeit ermöglicht; es kommt dann nur noch der Wille in Betracht, einen solchen Preisring zu bilden. Und daß dieser Wille vorhanden ist, bedarf keines besonderen Beweises.

Das Dokument, das uns mit diesem Bestreben bekanntmacht, ist von der Zwangsinnung für das Baugewerbe Dortmund am 4. Mai 1929 ihren Mitgliedern zugestellt worden. Es spricht von einem Beschluß vom 26. April dieser Innung, wonach jedes Mitglied der Innung, das beabsichtigt, eine Offerte für eine Bauleistung oder Bauleistung abzugeben, die innerhalb des Stadtgebietes Groß-Dortmund liegt, dies auf besonders vorgeschriebenem Formular zu melden hat. Diese Meldepflicht sei gleichzeitig im Rheinisch-Westfälischen Baugewerbe-Verband eingeführt, folglich gelte auch die Meldepflicht für Offerten, die außerhalb des Stadtgebietes Dortmund liegen. Harmlos wird bemerkt, die Meldepflicht bezwecke nur, die Mitglieder für ihre Mithewaltung bei Abgabe von Offerten in besonderer Weise zu entschädigen. Was entsprechende durchaus den guten Sitten. Außerdem wolle man damit dringend notwendigen „statistischen Zwecken“ dienen. Die Angehörigen solle in keiner Weise in den freien Wettbewerb eingreifen. Die Willensentschließung des einzelnen, ob und in welcher Höhe er ein Angebot abgeben will, bleibe ihm „ungehindert und frei selbst überlassen“. Mit dem 16. Mai trete die Meldepflicht in Kraft. Alle Offerten, die von diesem Zeitpunkt an abzugeben sind, müssen auf vorgeschriebenem Formular angelegt werden. Zur Vermeidung einer Ordnungsstrafe ist stets rechtzeitig zu melden; die Angehörigen erstreckt sich auf Maurer, Pugs, Zimmerer, Beton-, Eisenbeton- und Tiefbauarbeiten im Rheinisch-Westfälischen Anbaukreisgebiet, im Regierungsbezirk Münster und im Rest Westfalen.

Zur Durchführung des Beschlusses sind in den Großstädten des gesamten Industriegebietes besondere Abteilungen für Bauangelegenheiten eingerichtet. Zu melden ist immer, ob für einen ganzen Bau oder einen Teil eines Baues, ob das Angebot an die vergabende Stelle selbst oder an einen anderen Unternehmer oder durch eine Vermittlung oder unter anderem Namen abgegeben wird. Auch wenn die angezeigten Bauarbeiten abgeändert oder nochmals berechnet werden, ist erneut Anzeige zu machen. Für die Mithewaltung bei der Berechnung muß jedes anbietende Mitglied, sowohl für sich selbst als auch für jedes andere beteiligte Mitglied und für die Abteilung je eine Berechnungsgebühr (Anteil) einrechnen. Die Höhe dieser Berechnungsgebühr bewegt sich je nach Größe des Bauobjekts zwischen 3 und 1/2 pro Mille. Jede angefangenen 1000 M sind voll zu rechnen. Die Abteilung für Bauangelegenheiten hat festzustellen, wieviele Mitrechnen, sie hat jedem von ihnen die Anzahl der einzurechnenden Anteile bekanntzugeben. Unter allen Umständen muß jedes Mitglied vor Abgabe des Angebotes, Voranschlags oder Kostenantrages bei der Abteilung anfragen, wieviele Anteile einzurechnen sind. Jeder Generalunternehmer hat seinen Subunternehmer, jeder Subunternehmer seinen Generalunternehmer zu melden. Das Mitglied, das den Auftrag erhält, hat dies der Abteilung unverzüglich unter genauer Angabe der Auftragssummen für die einzelnen Arbeiten mitzuteilen. Die gesamten eingerechneten Berechnungsgebühren sind von dem den Auftrag erhaltenden Mitglied spätestens zwei Monate nach Auftragserteilung an die Abteilung abzuführen. Aus diesen Mitteln entschädigt die Abteilung die beteiligten Mitglieder in der Weise, daß sie zur Deckung ihrer eigenen Unkosten einen Anteil einbehält und die übrigen Anteile gleichmäßig verteilt.

So viel über die Beschlässe der Zwangsinnung für das Baugewerbe Dortmund. Oberflächlich gesehen, steht das hier geübte Verfahren ziemlich harmlos aus. Es

sieht ja nichts anderes vor als Entschädigungen für tatsächlich geleistete Arbeit, steht also besser aus als das Verfahren einer jener vielfach beliebten Scheinabteilungen mit Abfindungszahlung. Auch die Höhe des Entschädigungssahes steht recht beschämend aus. Interessant daran ist allerdings, daß hier prinzipiell der Versuch gemacht ist, einen sogenannten konstanten Faktor zu einem Faktor zu gestalten, der wie Material und Löhne in einem bestimmten Verhältnis zum einzelnen Auftrag steht. Doch auch so etwas wäre nichts Neues. Aber wie steht es mit dem Verfahren selbst? Wenn von vornherein eine gewisse Entschädigung für die Beteiligung an einer Ausschreibung sichergestellt ist, wird ein großer Anreiz zu verstärkter Konkurrenz geschaffen, Sins und Kunz werden sich daran beteiligen, so werden sich dann recht viele geschäftstüchtige Leute finden, die aus der grundsätzlichen Verwertung um jedes Bauprojekt erhebliche Einnahmen zu ziehen verstehen. Hier steht also die Sache schon nicht mehr so harmlos aus. Das Bauen wird auf diese Weise ganz wesentlich veräußert. Die Baukostensumme eines Privathauses, mit 50 000 M berechnet, erhöht sich, wenn nur insgesamt 20 Bewerber vorhanden sind, bereits um 1942,50 M. Das sind 3,88 % der Baukostensumme! Und dieses Beispiel ist noch sehr günstig gewählt; man kann sich vorstellen, wie unheilvoll sich das Verfahren auswirkt, wenn ungünstigere Verhältnisse angenommen werden.

Des weitern hat das Verfahren die Tendenz, durch Aufblähung des Konstruktionsbüros in Einzelunternehmen und in der Leistung überflüssiger Parallelarbeit die Baukostensumme in die Höhe zu schrauben, womit wider Sinnigerweise durch Umgestaltung konstanter Kosten zu proportional sinkenden oder steigenden Kosten das Ankostenkonto erhöht wird. Diese Tendenz wird durch die Handhabung des Verfahrens in der Praxis verstärkt. Es ist voranzuzusehen, daß sich die Meldestelle zunächst zu einer Preisinformationsstelle und dann zur Preisüberwachungsinstitution ausbildet. Von der Abgabe einer Meldung, daß man sich an einer Ausschreibung zu beteiligen beabsichtigt, und der Entgegennahme der Meldung, wieviel andere Unternehmer die gleiche Absicht haben, bis zur Einteilung gemeinsamer Besprechungen über die Regelung der Offerte ist nur ein Schritt. Es liegt ganz in der Natur der Sache, daß es dazu kommen muß. Wenn der offizielle Zweck des ganzen Verfahrens, eine gewisse Entschädigung für die Arbeit der Projektierung und Kalkulation sicherzustellen, ist ja nur zu erreichen, wenn alle Angebote gleichzeitig und in letzter Minute abgegeben werden, so daß keine Nachzügler mehr auftreten können. Die Interessenten müssen also entweder zusammenkommen oder von der Meldestelle bis zum letzten Augenblick über alles und jedes unterrichtet werden. Daran ändert auch nichts, daß die Meldestelle die Versicherung abgibt, die Angehörigen greife in keiner Weise in den freien Wettbewerb ein und lasse die Willensentscheidung des einzelnen unangefastet. Sie ist inhaltlich belanglos, es kommt ihr bestenfalls nur formale Bedeutung in dem Sinne zu, daß die Meldestelle selbst keine Preisabreden herbeizuführen beabsichtigt.

Diese Auffassung kann durch einen Vorbehalt, der in bezug auf öffentliche Bauten ausgesprochen wird, nur gestützt werden. Die Ausschreibungsbestimmungen begrenzen nämlich die Zahl der Konkurrenten, für die jeder Bewerber Gebühren zu kalkulieren und im Falle des Zuschlags abzuführen hat, bei öffentlichen Bauten auf sechs. In einer erheblichen Anzahl von Wettbewerben kann deshalb von einer auch nur beschiedenen Entschädigung nicht mehr die Rede sein, denn was bei Objekten mittlerer Größe, um die sich vielleicht 20 Unternehmer bewerben, dem einzelnen dann noch erstattet wird, ist praktisch gleich Null. Das ganze Verfahren kann also nur darauf abgestellt sein, auf indirektem Wege von Fall zu Fall zu Preisvereinbarungen zu kommen; und da mancher mittlere Bauunternehmer hierfür nicht zu gewinnen ist, wird der Gesichtspunkt der Entschädigungseinstellung vorgezogen. Mit diesem Verfahren ist also die Technik der Bildung von Preisabreden um einen interessanten Fall bereichert worden.

Beachtlich ist aber auch die rechtliche Seite dieser Angelegenheit. Dieses Verfahren verstößt gegen die Reichs-

gewerbeordnung. Die Innung hat mit der Einführung der Meldepflicht den Rahmen des ihr gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabekreises überschritten. Maßgebend für die Entscheidung, ob die von der Zwangsinnung beschlossene Meldepflicht für Bauofferten, verbunden mit der Pflicht zur Zahlung einer nach der Höhe der Angebotssumme gestaffelten Gebühr (Anteil) und gesichert durch Ordnungsstrafen zulässig ist, ist allein der § 100g der Reichsgewerbeordnung. Während freie Innungen nach ihrem Willen im Rahmen der geltenden Kartellverordnung den Wettbewerb ihrer Mitglieder beschränken können, enthält § 100g ein ausdrückliches Verbot der Beschränkung des Wettbewerbes der Innungsmitglieder. Der gesetzliche Grundgedanke des § 100g ist offenbar der, daß den Handwerkern, die durch staatlichen Zwang zur Innung zusammengeschlossen werden, nur das an Freiheit genommen werden soll, was zur Durchführung der ursprünglichen Innungszwecke unbedingt notwendig ist. Die Regelung des Wettbewerbes gehört demnach nach § 100g der Reichsgewerbeordnung nicht zu den der Innung eigenfälligen Aufgaben.

Die Frage ist demnach, ob die Anordnung der Angehörigen eine Beschränkung des Wettbewerbes, also eine Kartellvereinbarung darstellt. Als Kartell bezeichnet die Rechtswissenschaft heute eine Vereinigung oder einen Vertrag selbständiger Unternehmer zur Regelung der Beschaffung, der Erzeugung oder des Absatzes bestimmter Produkte. Die Kartellverordnung unterstellt der Kartellkontrolle „Verträge oder Beschlüsse, die Verpflichtungen über die Handhabung der Erzeugung oder des Absatzes, die Anwendung von Geschäftsbedingungen, die Art der Preisfestlegung oder die Forderung von Preisen enthalten“. Diese Bestimmung ist für die Auslegung des § 100g der Reichsgewerbeordnung natürlich nicht maßgebend, dieser Paragraph muß aus sich selbst heraus ausgelegt werden.

Interessant man Inhalt und Zweck der von der Zwangsinnung Dortmund beschlossenen Meldepflicht, so kann nicht zweifelhaft sein, daß die Angehörigen eine Beschränkung des Wettbewerbes darstellt, eine Kartellvereinbarung ist und demnach gegen Wortlaut, Sinn und Zweck des § 100g verstößt. Die Zwangsinnung betont zwar, daß die Meldepflicht in den freien Wettbewerb nicht eingreife und die Willensentschließung des einzelnen, ob und in welcher Höhe er ein Angebot abgeben wolle, ihm ungehindert und frei überlassen bleibe. Aber selbstverständlich ist für die Auslegung des Beschlusses der Zwangsinnung nicht ihre subjektive Meinung, sondern die objektive Auslegung maßgebend, und diese ergibt das Gegenteil.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Unternehmer, der sein Angebot einem Oremium seiner Berufsgenossen mitteilen und offenlegen muß, eine Hemmung seines Wettbewerbes erfährt. Diese Hemmung ist zunächst eine psychologische. Sie ist dem Unternehmer in der Regel nicht angenehm, weil ihn das in seiner Entscheidungsfreiheit hemmt, sich in die Karten blicken zu lassen. Daß eine solche psychologische Hemmung sehr stark ist, zeigen ja die Verneinungen des Enqueteauschusses der Bauwirtschaft, wobei die Vertreter der Baukartelle lebhaft über das mangelhafte Funktionieren der Meldestelle in der Bauwirtschaft geklagt haben. In einem freien Kartell und in einer freien Innung ist ein solcher Meldezwang verhältnismäßig harmlos, weil es ja in dem Ermeßen jedes Handwerkers oder Kaufmannes liegt, ob er einem solchen Kartell oder einer solchen Innung angehören will oder nicht. Bei der Zwangsinnung jedoch wird der Meldezwang eine schwere psychologische Hemmung, weil weder der Eintritt noch das Verbleiben darin dem freien Ermessen überlassen ist. Sinzu kommen noch die mit dem Meldezwang verbundenen materiellen Schädigungen. Wenn auch die Höhe der Anteile in diesem Falle gering erscheint, so ist entscheidend, daß die Beachtung der Kartellverpflichtung materielle Nachteile bringt. Schließlich wird ja auch die Innehaltung der Meldepflicht durch Ordnungsstrafen erzwingen. Aus alledem ergibt sich: Die von der Zwangsinnung für das Baugewerbe Dortmund beschlossene Meldepflicht für Bauofferten ihrer Mitglieder verstößt gegen den § 100g der Reichsgewerbeordnung. Zur Festlegung dieser Bestimmung ist nach § 98 der Reichsgewerbeordnung die Aufstufungsbehörde anzurufen.

Dies zur juristischen Seite des Dortmund Innungsbeschlusses. Wächst der dort ausgedachte Plan, dann erhöht





# Wirst Du Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes?

Was, lieber Kollege, ist die Frage, die an Dich auf der ersten Seite dieser Zeitung gerichtet ist. Dort lautet die Frage allerdings: Ist dies auch Dein Wunsch? Die Frage nach der Zugehörigkeit zu unserem Bunde ist deshalb dort gestellt, weil das Mitgliedsbuch die Mitgliedschaft zur Gewerkschaft am besten legitimiert. Denn wer die Mitgliedschaft zu unserem Bunde erworben hat und damit ein Mitgliedsbuch unseres Bundes sein eigen nennt, der beweist durch dieses Buch, daß er gewillt ist, nicht nur vereint mit seinen Bundesgenossen für die Verbesserung seiner Lebenslage einzutreten und zu kämpfen, er beweist auch damit, daß er gewillt ist, für dieses Streben Opfer zu bringen. Das Mitgliedsbuch sagt auch jedem, was ein Mitglied für seine Organisation geleistet hat und noch leisten wird.

Und nun frage ich: Wirst Du organisiert? Gehörst Du unserm Deutschen Baugewerksbunde an? Hast Du unser Mitgliedsbuch? Wenn nicht, dann hast Du eine große Unterlassungssünde begangen. Denn Du hast es bisher unterlassen, die Vertretung Deiner wirtschaftlichen Interessen zu wahren, während andere diese Interessen mit Versehen haben. Und wenn dadurch, daß Du Deiner Gewerkschaft bisher nicht angehört hast, die Erfolge der Gewerkschaft noch lückenhaft geblieben sind, so trägtst Du die Schuld daran, der Du nicht mit vorgesorgt hast, die Organisationslücken, die unser Bund noch aufweist, durch den Beitritt zum Baugewerksbund ausfüllen zu helfen. Denn merke: Je stärker eine Organisation ist, um so leichter und schneller erringt sie Erfolge, und um so größer sind die Erfolge. Und deshalb ergeht an Dich wieder einmal die dringende Aufforderung: Schliesse Dich dem Deutschen Baugewerksbunde an!

Die Gewerkschaft ist der durch viele Quellen vereinte Strom wirtschaftlicher Arbeiterkraft. Jeder Arbeiter bedarf der Gewerkschaft. Als einzelner ist er haltlos und machtlos, aber vereint mit seinesgleichen bildet er eine große Macht. Alle wirtschaftlichen Interessengruppen schließen sich zusammen, um ihre Belange durch vereintes Wirken zu wahren und zu fördern. Schau um Dich! Nicht nur die Arbeiter und Arbeiterinnen sind organisiert, nicht nur die Angestellten und Beamten, sondern auch jene Volksschichten, die zu den Weisesten gehören; auch sie haben begriffen, daß sie ihre Interessen nur durch Zusammenfluß verwirklichen können. Ob Hauswirte oder Ärzte, ob Bauern oder Großhändler, ob Handwerksmeister oder Schwerindustrie — alle scharen sich um ihre Organisation zum Zwecke geeinten Wirkens für ihre Interessen. Und siehe: Diese Schichten hätten den Zusammenfluß gar nicht in dem Maße nötig als der Arbeiter oder der Angestellte. Denn jeder von ihnen repräsentiert als einzelner eine weit größere Wirtschaftsmacht als ein Mitglied der besitzlosen Klassen, und trotzdem halten sie den organisatorischen Zusammenfluß für notwendig. Um wieviel mehr müßtest Du es tun, der Du nichts weiter zu vergeben hast als Deine Arbeitskraft. Die müßt Du so teuer wie möglich zu verkaufen suchen. Das kannst Du als einzelner nicht. Dazu gehört eine starke Organisation. Und schau weiter: Treten nicht außerdem noch Mischfakten des täglichen Lebens, trübe Wechselfälle im Arbeitergeschick an Dich heran, und kannst Du solchen Schicksalschlägen aus eigener Kraft widerstehen? Auch dazu gehört Organisation, auch dazu der Zusammenfluß in der Gewerkschaft! Und nun zögere nicht länger. Werde Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes! Nur dann wirst Du Deine Lage in nachhaltiger Weise verbessern können und wirst geschützt sein gegen böse Wechselfälle im Arbeiterleben!

Höre zu, was unser Baugewerksbund schon erreicht hat an Vorteilen verschiedener Art. Steigender Lohn erhöht die Kaufkraft und fördert damit das Allgemeinwohl. Deshalb ist das Hauptstreben unseres Baugewerksbundes darauf gerichtet, die Löhne seiner Mitglieder zu verbessern.

Das ist ihm bisher in guter Weise gelungen. Überall sind die Löhne tariflich verankert. Anfang 1924 betrug der ständliche Durchschnittslohn eines Maurers 50  $\text{M}$ , Ende 1928 betrug er 111,8  $\text{M}$ . Ein Bauphilzarbeiter verdiente Anfang 1924 im Durchschnitt stündlich 44  $\text{P}$ , Ende 1928 98  $\text{P}$ . Ein Tiefbauarbeiter verdiente durchschnittlich Anfang 1924 42  $\text{P}$ , Ende 1928 81,2  $\text{P}$ . Ein Stukkateur verdiente Anfang 1924 durchschnittlich 62,4  $\text{P}$ , Ende 1928 142  $\text{P}$ . Ein Glaser verdiente Anfang 1924 durchschnittlich 52,5  $\text{P}$ , Ende 1928 116,6  $\text{P}$ . Ein Ofenfejer verdiente Anfang 1924 durchschnittlich 58,4  $\text{P}$ , Ende 1928 138,7  $\text{P}$ . Ähnlich sind auch die Löhne gestiegen in den übrigen unserm Bunde angehörenden Berufsgruppen. Der Kampf darum war oftmals hart und schwer. Unser Bund mußte von 1924 bis 1928 aufwenden

für Lohnkämpfe 11 715 254  $\text{M}$ .

Aber dieses Geld war gut angelegt! Hunderte Millionen, ja Milliarden Mark sind dadurch den deutschen Bauarbeitern an Lohnerböhen zugeflossen! Ferner stehen heute den Bauarbeitern — wenn auch erst in bescheidenem Umfange — Ferien unter Fortzahlung des Lohnes zu. Und wie steht es

mit der Arbeitszeit?

Das Bauunternehmerum ist fortwährend am Werke, um der Bauarbeiterschaft eine längere Arbeitszeit als 8 Stunden täglich aufzubürden. Seit dem Frühjahr 1924 steht es ununterbrochen im Kampfe gegen die baugewerblichen Arbeiterverbände wegen Verlängerung der täglichen Arbeitszeit. Vor allem wird verlangt, die in den Wintermonaten wegen der Tageslicht- und Witterungsverhältnisse ausgefallene Arbeitszeit im Sommer einzuholen. Das bedeutet zehn- und mehrstündige tägliche Arbeitszeit im Sommer! Dieses Streben ist nichts weiter als eine Vemäntelung der Profitgier der Bauunternehmer. Eine Arbeitszeitverlängerung im Baugewerbe hätte im Gefolge, daß die Bauarbeiter im Winterhalbjahr noch mehr arbeitslos wären als heute. Aber danach fragt das Unternehmerum nicht! Ihm ist daran gelegen, eine größere Wochenlohnsumme herausrechnen zu können und mit verlängerter Arbeitszeit weitere notwendige Lohnerböhen abzuwehren. Also nur die Profitgier veranlaßt die Bauunternehmer zu ihrem Sturm auf den Achtstundentag im Baugewerbe. Dabei fragt es nicht danach, was aus den Bauarbeitern im Winterhalbjahr werden mag und wie die Unterfüßungsklassen durch diese große Not belastet würden!

Gegen dieses Begehren der Bauunternehmer steht unser Baugewerksbund in scharfer Front. Wir halten

fest am Achtstundentag,

und die baugewerblichen Arbeiterorganisationen werden es verstehen, auch fernerhin das durchzusetzen! Die Bauunternehmer werden mit ihrem Verlangen beim Deutschen Baugewerksbund so lange auf Eisensitzen, bis sie dieses reaktionäre Streben eingestellt haben. Also der Deutsche Baugewerksbund tritt nicht nur für die Verbesserung der Löhne der Bauarbeiterschaft und für die Gewährung von Ferien ein, er hält auch fest am Achtstundentag!

Verkürzte Arbeitszeit bedeutet höheren Lohn! Verkürzte Arbeitszeit bedeutet größeren Schutz der Gesundheit! Verkürzte Arbeitszeit bedeutet mehr Bildungsmöglichkeit! Sie fördert die Geselligkeit und fördert die Organisationsgemeinschaft. Deshalb stehen wir unerhörtlich zum Achtstundentag.

Aber was bietet unser Baugewerksbund sonst noch seinen Mitgliedern? Er steht ihnen bei

bei Arbeitslosigkeit, in Krankheitsfällen, im Sterbefall, in sonstiger Not, und wenn sie invalide geworden

sind. Große Summen hat der Deutsche Baugewerksbund für diese Unterfüßungszwecke bereits ausgegeben. Vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1928 gab der Deutsche Baugewerksbund aus für Arbeitslosenunterfüßung 10 767 171  $\text{M}$ , für Krankenunterfüßung 5 843 787  $\text{M}$ , an Invalidenunterfüßung 1 074 884  $\text{M}$ , an Sterbefallenunterfüßung für Mann oder Frau 1 910 706  $\text{M}$ , an Kostfandenunterfüßung 566 271  $\text{M}$ . Das sind große Summen. Sie wurden aufgebracht von den Mitgliedern unseres Bundes. Und auch diese Unterfüßungskosten sind ein Zeichen hoher Solidarität in unsern Reihen nach dem Motto: Einer für alle und alle für einen!

Ferner leistet unser Deutscher Baugewerksbund hervorragende

Belehrungs- und Aufklärungsarbeit durch Wort und Schrift. In tausenden Werbe- und Aufklärungsversammlungen wird zu den Mitgliedern gesprochen, um sie in ihrer Organisationsüberzeugung zu festigen und um die uns noch Fernstehenden für den Bund als Mitglieder zu gewinnen. Auch die schriftliche Aufklärungsarbeit des Bundes wird sorgsam gepflegt. Unwöchentlich spricht der „Grundstein“ zu den Mitgliedern und sucht sie zu unterrichten in allen die Arbeitererschaft und besonders die Bauarbeiterschaft angehenden Fragen. Unsere Bauarbeiterjugend erhält aller 14 Tage das „Jungvolk vom Bau“. Ferner sucht der Deutsche Baugewerksbund durch sonstige Schriften und Flugblätter Werbe- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Und für die, die sich besonders für Gewerbesfragen interessieren, gibt er die Fachzeitschrift „Das Bauwerk“ heraus. Die alten und die jungen Mitglieder sucht der Baugewerksbund in jeder Weise aufzuklären und in ihrer gewerkschaftlichen Überzeugung zu festigen. Den

Bauarbeiterschuß

sucht er zu verbessern. Seit Beginn ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit sind die baugewerblichen Gewerkschaften bemüht, Leben und Gesundheit der Arbeiter auf den Bauten nach besserer Möglichkeit zu schützen. Und sie sind bemüht, jederzeit in der Bauarbeiterschaft die Verantwortlichkeit zu wecken und zu stärken, vorhandene Schutzeinrichtungen anzuwenden und zu verbessern. Beharrlich wird versucht, auf Vorsehung und Verwaltung einzuwirken, die Schutzvorschriften auszubauen. Die Bauarbeiterorganisationen verlangen — und dem wird immer mehr und mehr Rechnung getragen —, zur Förderung einer wirksamen Baukontrolle die Mitwirkung von Personen ihres Vertrauens, also Leuten, die aus dem Bauarbeiterstande hervorgegangen sind und wissen, wo dem Bauarbeiter der Schuh drückt. Auch

das Baudelegiertenwesen

wird vom Baugewerksbunde eifrig gepflegt und gefördert. Wie wichtig das Baudelegiertenwesen für die Bauarbeiter ist, ersieht jeder aus dem diesem Aufsatze folgenden Artikel.

Lieber Kollege! Damit ist Dir in kurzen Worten gesagt worden, welches die Zwecke, die Erfolge und Ziele des Deutschen Baugewerksbundes sind. Diese kurzen Zeilen sagen Dir eindringlich, daß es Pflicht jedes denkenden Bauarbeiters sein muß, seinem Baugewerksbunde als Mitglied beizutreten und dadurch mit der Tat dieses Streben zu unterstützen. Viel ist geleistet worden, aber es kann noch mehr geleistet und noch viel mehr erreicht werden, wenn auch Du dem Baugewerksbunde beitriffst. Ihr alle, die Ihr am Bau beschäftigt seid, Ihr alle, die Ihr in der Werkstatt arbeitet, Ihr dürft, soweit der Deutsche Baugewerksbund für Euch als Organisation zuständig ist, nicht länger zögern! Ihr müßt

das Mitgliedsbuch des Deutschen Baugewerksbundes

erwerben! Ihr müßt Mitglieder werden des Deutschen Baugewerksbundes, um vereint zu einem kompakten Ganzen die Zwecke und Ziele dieses Bundes faktisch zu unterstützen! Keiner darf mehr abseits stehen! Wer abseits steht, der ist ein Verräter seiner eigenen Interessen und seiner Klassenossen! Keiner glaube, daß es auch ohne ihn geht! Keiner sei der Meinung, daß es genüge, wenn andere für ihn die Kosten aus dem Feuer holen. Ein Feigling, wer in diesen Zeiten schärferer Klassenkämpfe keinen Gebrauch von dem Rechte macht, sich zu organisieren! Verächtlich ist der, der andere saen läßt und später miternten möchte! Hier darf es kein Zögern mehr geben! Nur die Organisation macht uns stark und mächtig! Und die Organisation ist nur dann stark und mächtig, wenn alle dafür in Frage kommenden Arbeiter in ihr Mitglied sind. Dann sind wir unüberwindlich. Wir erringen durch die Organisation eine Besserstellung unserer Lebenslage und wir schützen uns durch die Organisation gegenseitig bei schweren wirtschaftlichen Krisen. Und wir streben durch die Organisation dem Endziele zu: Der Befreiung der Arbeit aus privatkapitalistischer Ausbeutung und der Schaffung einer vom Sozialismus erfüllten Wirtschaftsordnung!

Ihr Bauarbeiter in Stadt und Land, schließt Euch immer fester zusammen im Deutschen Baugewerksbund! Ihr, die Ihr uns noch fernst, schließt Euch dem Deutschen Baugewerksbund!

Und Ihr, die Ihr bereits Mitglieder dieses Bundes seid, rührt die Frühjahrswahlkommission

für unsern Bund! Auf allen Bauten und in jeder Werkstatt, wo für die dort Arbeitenden der Deutsche Baugewerksbund zuständig ist, tretet an die heran, die unserm Bunde noch fernstehen, sagt ihnen, was unser Bund will, fordert sie auf, unverzüglich dem Bunde beizutreten! Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns! Handelt überall nach dem Motto: Vereint sind wir nichts, vereint sind wir alles!

Rund 480 000 Arbeiter sind heute bereits im Deutschen Baugewerksbund vereint. Das ist viel, aber bei weitem noch nicht alles. Deshalb an die Werksarbeit! Entgegen der halben Million Mitglieder! Und auch dabei wollen wir nicht stehen bleiben. Wir dürfen nicht eher ruhen und rasten, bis auch der letzte Mann, soweit für ihn der Deutsche Baugewerksbund in Frage kommt, dieser Organisation angehört! Damit arbeiten wir für uns und auch für jene!

Mit Kraft, mit Überzeugung und frischem Mute an die Arbeit! Schart um den Deutschen Baugewerksbund alle, die ihm zugehören verpflichtet sind und wir werden weiterstreiten von Erfolg zu Erfolg, von Sieg zu Sieg!

**Hoch das Banner der Organisation! Hoch die Fahnen des Deutschen Baugewerksbundes!**